Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 2,60 Mk., vierteljährlich 7,80 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spendhaus 6. — Telephon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene Zeile 60 Pfg., von auswärts 75 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-gespaltene Reklamezeile 200 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 15 Pfg. — Postscheckkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spendhaus 6. — Telephon 3290.

Nr. 25 | Freitag, den 30. Januar 1920 | 11. Jahrgang

Die Sabotage des deutschen Wirtschaftslebens.

Die gestrige Sitzung der Preußischen Landesversammlung befaßte sich mit einer Interpellation der Mehrheitsparteien über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der lebenswichtigen Betriebe. Verbunden damit wurden förmliche Anfragen der Sozialdemokraten über die Schließung von Eisenbahnwerkstätten und der Unabhängigen über die Wiedereröffnung geschlossener Eisenbahnwerkstätten sowie über die Aufhebung des Belagerungszustandes. Die Interpellation wurde von dem Vorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion Gen. Gräf begründet:

Das Streben nach höheren Löhnen und kürzerer Arbeitszeit sei begreiflich. Aber wenn trotz des Entgegenkommens zu Putschen aufgerufen wird, so ist dies eine Versündigung am Volkswohl. Die Zeit für die Demagogen ist nur allzu günstig. Wenn gewisse Schichten früher mit der Hälfte der heutigen Energie ihre Interessen vertreten hätten, wäre das furchtbare Elend nicht eingetreten. Wir müssen es erleben, daß junge Menschen, die kaum in die Politik hineingerochen haben, öffentlich über erfahrene Parteiführer die absprechendsten Urteile fällen. Ich stehe zweiunddreißig Jahre im öffentlichen Leben und muß es mir gefallen lassen, von einem jungen Schnösel Arbeiterverräter genannt zu werden.

Graefe betonte weiter unter lebhafter Zustimmung der Mehrheit, daß die wilden Streiks der Eisenbahner und Bergleute in der Jetztzeit ein Wahnsinn wären, dem die Regierung mit aller Schärfe entgegentreten müsse. An die scharfe Verurteilung der unabhängigen Streikhetzer knüpfte er die Mahnung an die Regierung, auch auf die Dämagogen von rechts ein wachsames Auge zu haben, deren Presse das abscheuliche Attentat auf den Finanzminister Erzberger geradezu verherrlicht hat.

Minister Heine:

Die öffentliche Meinung wird leicht nervös, wenn sie immer von der Anwendung von Zwangsmaßnahmen hört, und die öffentliche Meinung vergißt sehr leicht die Zwangsmaßnahmen. Wir haben dann auch die Belagerungszustände meist bald aufgehoben. Leider hat sich die äußerste Linke dieses Entgegenkommens nicht würdig und nicht reif erwiesen. (Lachen bei den Unabhängigen.) Der Zusammenstoß am Reichstag am 13. d. Mts. war nicht etwa aus plötzlicher Aufwallung entstanden. Es ist klar, daß es auf eine

Ueberwältigung des Parlaments

abgesehen war. Ein jetzt in Untersuchungshaft befindlicher Mann hat gestanden, daß die Sicherheitsposten von ihm und anderen zurückgedrängt und verprügelt und ihre Maschinengewehre vernichtet wurden. (Zuruf links: „Ist das dieselbe Quelle, die Sie gegen Ledebour brauchten?“) Ledebour rühmt sich jetzt dessen, was er in der Untersuchung bestritt. Am 13. Januar sollte die unmittelbare Aktion einsetzen. Es hat an Sekunden gehängt, daß die Massen nicht ins Parlament dringen konnten. Es wäre dann zu einer grauenhaften Schlacht in den Korridoren gekommen, denn im Hause lagen der Sicherheit wegen 200 Soldaten. Das Blut der Opfer schreit gegen Sie zum Himmel. Das machte den Belagerungszustand nötig, aber auch

der Terror in Westfalen

erforderte ihn. Die verhängten Zeitungsverbote für die „Freiheit“ und die „Rote Fahne“ müssen bestehen bleiben. Es ist Schwindel und Betrug, daß die Maschinengewehre 10 Minuten lang in die Menge geschossen hätten. Dieses Blut ist eine Warnung für die friedliebende Berliner Arbeiterschaft. Die Arbeiter besinnen sich auf ihre Pflicht gegenüber dem Volke und dem Vaterlande. Die Zwangsmaßnahmen sind ein Schutz für die Arbeitswilligen. Unser Freund Severin in Westfalen ist entschlossen, wenn Stilllegungen vorkommen sollten, rücksichtslos vom Standrecht Gebrauch zu machen. (Lärm bei den Unabhängigen.) Eine Instanz zur Nachprüfung von Zeitungsverboten wird geschaffen werden. Nur auf dem Felsen der Arbeit kann man den Turm eines neuen Staates errichten. (Großer Beifall bei den Mehrheitssozialisten.)

Abg. Hoffmann (U. S.) begründet die Anfrage betreffend die Schließung der Lokomotivwerkstätten in Köln-Nippes und anderen Orten. Brutaler war die alte Regierung auch nicht. Wir fordern dringend, daß die Regierung sofort mit den Arbeitern der geschlossenen Werkstätten in Verhandlung tritt. Warum hat der Minister die Arbeiterdeputation aus Frankfurt a. M. nicht empfangen?

Eisenbahnminister Oeser: Zur Rückbeförderung der Kriegsgefangenen aus Frankreich werden täglich sechs Züge verkehren. Die Lokomotivenfrage ist das A und O meiner Verwaltung. Große Aufträge haben wir an die Privatindustrie gegeben. Insgesamt haben wir im letzten Jahr 1162 Lokomotiven in den Dienst gestellt. Den Bestand der Arbeiter haben wir von 70 000 auf über 160 000, also um 270 Prozent des Friedensstandes, erhöht. Trotzdem ist die Zahl der betriebsfähigen Lokomotiven in den letzten Monaten wesentlich zurückgegangen. In den letzten Wochen sind 500 Lokomotiven mehr in die Werkstätten hineingegangen als herausgekommen sind. In Nied waren die Verhältnisse nicht mehr zu ertragen. Sonst gehörten 10 Arbeiter zur Reparatur einer Lokomotive, in Nied waren 80 dazu notwendig. Anschläge über die Verbesserung der Löhne, Ermahnungen, an die Kriegsgefangenen zu denken, wurden heruntergerissen. (Lebhafte Hört-hört- und Pfuirufe.) Unerhört war der Terrorismus gegen die Arbeitswilligen. Wir brauchen Akkordlöhne und müssen den Säuberungsprozeß unbedingt bald zu Ende führen. Gestern war der erste Tag für die Freiwilligen-Meldungen zu den neuen Bedingungen. Die Zahl der sich Meldenden zeigt, daß ein erheblicher Teil der Arbeiter bereit ist, auf die neuen Bedingungen einzugehen. (Lebhafter Beifall.) Sie sind froh, den Terror loszuwerden. (Sehr wahr!) Ich appelliere an alle, die ein Herz haben für unser Volk und ihre Muskeln straffen wollen, um das Vaterland vor dem Untergange zu bewahren. Deshalb sollten wir einen

neuen Kurs in wirtschaftlichen Fragen

einschlagen. Wir sollten arbeiten ohne Rücksicht auf die Parteistellung, damit unsere Kinder einmal das Morgenrot einer besseren Zukunft leuchten sehen. (Anhaltender Beifall.)

Die Akkordarbeit im Eisenbahnbetrieb.

In der Eisenbahnerfrage folgt die Generaldirektion der sächsischen Eisenbahnen dem preußischen Beispiel, und zwar auch insofern, als die Einführung der Akkordarbeit ins Auge gefaßt wird, um die Staatsbetriebe wieder rentabel zu machen.

Im „Vorwärts“ wird ausgeführt, daß die Betriebsräte die Akkordsätze mit zu bestimmen und die Arbeitsleistung mit zu kalkulieren haben würden. Die so lange umkämpfte Forderung um Mitbestimmung der Arbeiter am Arbeitsertrag werde damit erfüllt.

Erzbergers Zustand befriedigend.

Berlin, 29. Jan. (W. T. B.) Nach einer heute nachmittag abgegebenen Erklärung des Professors Plesch ist der Krankheitszustand Erzbergers als absolut normal zu bezeichnen. Die Körperfunktionen sind tadellos. Die Kräfte haben sich gehoben. Es besteht Hoffnung, daß Minister Erzberger seine Tätigkeit baldigst wieder aufnehmen kann.

England gibt keine Pässe nach Rußland.

London, 29. Jan. In einem Brief an Henderson hat Lloyd George davon Mitteilung gemacht, daß dem Ersuchen um Erteilung von Pässen für Ramsey Macdonald und Buxton, die im Auftrage des internationalen Sozialistenkongresses die Lage in Rußland prüfen sollten, im Einvernehmen mit der italienischen und französischen Regierung nicht entsprochen werden könne.

London, 28. Jan. (Reuter.) In einem von bekannten Gewerkschafts- und Arbeiterführern unterzeichneten Protest fordern die Unterzeichneten sofortigen vollständigen Frieden mit Sowjetrußland und erklären, daß sie ihr möglichstes tun würden, um sich dem Eintritt Großbritanniens in einen Krieg gegen die Bolschewisten zu widersetzen.

Admiral Koltschak gefangen.

Nach verschiedenen Meldungen ist es den Bolschewisten gelungen, das Haupt der sibirischen gegenrevolutionären Regierung, Admiral Koltschak, gefangen zu nehmen. Dazu meldet die „Times“ aus Charbin:

Es steht jetzt fest, daß das Haupt der französischen Militärmission, General Janin, die Genehmigung zur Auslieferung Koltschaks an die Bolschewisten erteilt hat. Diese Meldung hat unter den gebildeten Russen im ganzen Osten großes Aufsehen erregt. Ein russischer General hat Janin zum Zweikampf herausgefordert. Die Tschechen erklärten, daß Koltschak ausgeliefert werden müsse, da man wählen müsse zwischen der Auslieferung eines Mannes und einem Kampf, wobei die tschecho-slowakischen Truppen Gefahr liefen, vollständig vernichtet zu werden. Der japanische Militärvertreter hat die Tschechen ersucht, Koltschak an Japan auszuliefern. Die Bolschewisten haben die Stadt Nikolsk trotz der Anwesenheit von 500 Japanern und etwa 1000 Chinesen besetzt. Blagoweschtschensk befindet sich ebenfalls in der Hand der Revolutionäre.

Millerand hat an den General Janin telegraphiert, Erklärungen von ihm verlangt und ihn aufgefordert, sofort alle Maßnahmen zur Befreiung des Admirals Koltschak zu ergreifen.

Das Ende der Armee des Generals Judenitsch.

Nachdem die estnische Regierung einen Waffenstillstand mit den Bolschewisten abgeschlossen hatte, dem ein formeller Friede folgen soll, ist das schwedische Korps, in dessen Reihen auch viele Dänen standen, gänzlich überflüssig geworden. Das schwedische Korps ist aufgelöst worden, und die meisten Legionäre fremder Nationalität haben bereits Estland verlassen.

Das estnische „Märchen“ ist aus. — nicht nur für uns, sondern auch für die ärmlichen Reste der Nordwestarmee, die jetzt unter dem Kommando des Generals von Glasenapp stehen. Es sind ungefähr dreitausend Mann, die tagtäglich exerzieren und allerlei Hoffnungen hegen, deren Kampfwert aber ein sehr geringer ist. Die Esten, die immer gegen die russische Nordwestarmee zu intrigieren wußten, waren damit unzufrieden, daß die Truppen von Glasenapps, denen ein Zipfel der Front gegen die Bolschewisten angewiesen wurde, noch immer auf russischem Boden standen, und das estnische Oberkommando hat daher seine eigenen Truppen so umgruppiert, daß Glasenapp und seine Bataillone, um einer Umzingelung zu entgehen, den estnischen Boden betreten mußten. Daraufhin wurden sie von den Esten entwaffnet, und man wies ihnen eine Bodenfläche zum Aufenthalt an, die einem Konzentrationslager sehr ähnlich ist und die noch enger wurde, nachdem man dorthin auch diejenigen „Formationen“ der Nordwestarmee schickte, die man sofort nach der Niederlage Judenitsch entwaffnet hatte.

Dort üben sie mit einfachen Stöcken in der Hand und bekommen als einzige tägliche Ration ein Stück Brot und ein Stückchen Speck — nur Brot und Speck, Speck und Brot, spärliche Ueberreste der von den Engländern an die Armee Judenitschs gesandten „Lebensmitteln“. Zu den traurigsten Eindrücken, die man in Estland sammelt, gehört die an der dortigen Front stark eingerissene Sitte, die Gegner durch verlockende Plakate zum Ueberlaufen zu bewegen. Die Soldaten Judenitschs hatten große Plakate mit sich: „Rotarmisten, kommt zu uns, denn wir kämpfen für die Freiheit“, die Rote Armee hat die Weißgardisten wiederum durch Flugblätter und riesige Affichen gelockt, in denen behauptet wurde, daß nur die Bolschewisten ganz allein für die „Freiheit“ kämpfen. Für den analphabetischen, abgerissenen, verfrorenen und hungernden Soldaten ist aber der Begriff „Freiheit“ gar zu oft mit dem Begriffe „Warme Schtschi“ (Kohlsuppe) identisch, und so hat die schlechte Ernährung der Nordwestarmee viel dazu beigetragen, daß die Reihen Glasenapps täglich dünner werden. Und Geld gibts auch nicht, denn die Revaler Spekulanten geben für einen Judenitsch-Rubel nicht mal 30 estnische Penni, etwa 2 dänische Oere.

Der Henker als Ideal.

Das Budapester Konterrevolutionstribunal verurteilte den gewesenen Gerichtsnotar Dr. Stephan Szirmay, der während der Räteherrschaft Anklageanwalt bei dem Budapester Revolutionstribunal war, zum Tode durch den Strang, weil er an dem Todesurteil gegen den Gegenrevolutionär Geza Herczegh mitwirkte. Aus der Begründung des Urteils führen wir an:

Die Diktatur des Proletariats war keine Staatsform, weil es nicht die Herrschaft der Mehrheit der Nation, sondern die Schreckensherrschaft irregeführter Menschen, eines Bruchteils einer auf den Holzweg geratenen Klasse war, eine Schreckensherrschaft, die Recht und Moral mit Füßen trat. Die Handlungen, die die Organe dieser Herrschaft, ganz gleich ob innerhalb ihrer Amtsbefugnisse oder außerhalb derselben, vornahmen, waren keine Amtshandlungen, sondern gewöhnliche Verbrechen.

Des weiteren wird in der Begründung ausgeführt:

Wenn der ungarische Henker Michael Ball (es ist derselbe, der die Kommunisten in Budapest hängt) seine Mitwirkung bei den von dem Revolutionstribunal verhängten Hinrichtungen verweigerte und dadurch das Revolutionstribunal zwang, die Verurteilten erschießen zu lassen, ist der Beweis erbracht, daß der einfache Landmann dessen bewußt war, daß er durch die Vollstreckung dieses Urteils keine Gerichtshandlung vornimmt, sondern einen Mord verübt. Wenn der Henker Ball auf dem Standpunkt verharrte, daß der revolutionäre Regierungsrat keine öffentliche Gewalt darstellt und darum seinen Befehlen nicht gehorchte, hätte man dasselbe mit größerem Recht von dem rechtskundigen Szirmay erwarten können.

Auf Grund dieser Erwägungen wurde Dr. Stephan Szirmay zum Tode verurteilt. Seine Angelegenheit liegt jetzt vor dem Begnadigungssenat der Kurien, deren Blutrichter in der vergangenen Woche drei zum Tode verurteilte waschechte Raubmörder begnadigt hat, aber bisher [illegible] meistens völlig unschuldige hängen ließ. Wenn das Todesurteil an Dr. Szirmay [illegible], so wird wiederum ein empörender Justizmord von den Budapester Henkern begangen.

Der Kampf um die Adriaküste.

Zwischen den Südslawen und Italien bestehen seit langem die heftigsten Gegensätze. Die Entente hat in einer Note an Südslawien erklärt, daß sie sich an den Londoner Vertrag für gebunden sieht, der Italien weite Strecken der [illegible] Adriaküste zuweist. Die Serbokroaten haben die Vorschläge der Entente abgelehnt.

Amsterdam, 29. Jan. „Times“ melden aus Spalato, daß die Südslawen dort eine Massenversammlung abhielten, bei der zahlreiche Reden gehalten wurden. Die Redner wurden von Rufen unterbrochen, wie: „Krieg mit Italien!“, „Auf, nach dem Isonzo!“, „Nieder mit Italien!“, „Weg mit dem Londoner Vertrag!“ Nach der Versammlung demonstrierte die Menge in den Straßen und im Hafen. Die Polizei konnte nicht verhindern, daß von einem italienischen Passagierdampfer die Flagge heruntergeholt und die Fensterscheiben des italienischen Klubs eingeschlagen wurden. Es wurden auch zwei italienische Läden ausgeplündert.

Die Unterbringung deutscher Kinder im Ausland.

Vertreter der in Holland, Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland und der Schweiz für die Aufnahme deutscher Kinder tätigen Organisationen, sowie deren Zweigstellen in Deutschland hatte der Verein „Landaufenthalt für Stadtkinder", der bekanntlich auch die Auslandsunterbringung deutscher Kinder als Reichszentrale durchführt, zu einer Aussprache über die Vorbereitung und Durchführung des so segensreichen Hilfswerks für das neue Jahr geladen. Zu der Sitzung, bei der das Ausland stark vertreten war, hatte auch der Reichspräsident, der preußische Ministerpräsident, das Reichsministerium des Aeußern, das Reichsministerium des Innern, das Preußische Wohlfahrtsministerium, das Reichsgesundheitsamt und eine ganze Anzahl weiterer Behörden und Korporationen Vertreter abgeordnet. Der Vorsitzende des Vereins, Oberbürgermeister Dr. Scholz-Charlottenburg, sprach in seiner Begrüßungsansprache den ausländischen Vertretern für die nun schon seit mehreren Jahren in so großzügiger Weise geleistete Hilfe seinen wärmsten Dank aus und wies darauf hin, daß bei dem bedauerlichen Rückgang an Pflegestellen im Inland die Fürsorge des Auslandes für unsere Kinder noch mehr an Bedeutung gewonnen habe als bisher. Konnten doch im letzten Jahre nur annähernd 100 000 Kinder in Deutschland auf dem Lande untergebracht werden gegen 30 000 Kinder, denen das Ausland Gastfreundschaft gewährt habe. Der Geschäftsführer des Vereins, Gerichtsassessor Grüneberg, erstattete sodann einen Bericht über die Organisation der Auslandsunterbringung im abgelaufenen Jahre und unterbreitete der Versammlung Vorschläge für eine noch stärkere Vereinheitlichung der Organisation im kommenden Jahre, insbesondere bezüglich der Verteilung der vom Ausland bereitgestellten Plätze, um eine angemessene Versorgung derjenigen Bedarfsgebiete, denen im Inland trotz intensivster Werbetätigkeit keine Aufnahmegelegenheiten zur Verfügung stehen, nach Möglichkeit zu erreichen. In der Aussprache, die nach jeder Richtung wertvolle Anregungen gab, kam der einmütige Wunsch zum Ausdruck, jede Zersplitterung bei der Auslandsunterbringung unbedingt zu vermeiden.

Der bekannte Kinderarzt, Geheimrat Prof. Dr. Schloßmann (Düsseldorf) gab den Anwesenden an der Hand des neuesten Materials ein erschütterndes Bild von den furchtbaren Verheerungen, die die Unterernährung gerade unter unserem jungen Nachwuchs angerichtet habe. Das Wachstum der Kinder sei oft um mehrere Jahre zurückgeblieben. Die Widerstandsfähigkeit des kindlichen Körpers sei geschwächt, die Tuberkulose habe in erschreckendem Maße in allen Kreisen der Bevölkerung zugenommen. Da das Inland trotz seines eifrigsten Bestrebens, sich selbst zu helfen, nicht in der Lage sei, in ausreichendem Maße die Landunterbringung im Inland durchzuführen, könne uns nur eine umfangreiche Aufnahme unserer Kinder im Ausland vor der drohenden Katastrophe retten, soweit diese überhaupt noch aufzuhalten sei. In wenigen Monaten würde in den meisten Großstädten und Industriebezirken Deutschlands ein gleiches Kinderelend herrschen wie es jetzt in Wien erschreckend zutage getreten sei. Die anwesenden Vertreter der Medizinalbehörden, insbesondere des Reichsgesundheitsamtes und des Reichsministeriums des Innern äußerten sich in gleichem Sinne.

Die Vertreter des Auslandes erklärten sich bereit, in ihrer Fürsorgetätigkeit für die Aufnahme deutscher Kinder mit allen Kräften fortzufahren und sie, wenn möglich, zu verstärken, brachten aber zum Ausdruck, daß die überall im Ausland bekanntgewordene Bereitwilligkeit einiger deutscher Städte, Wiener Kinder bei sich aufzunehmen, im Ausland die Meinung habe aufkommen lassen, daß Deutschland der Fürsorge nicht mehr in dem Maße wie früher bedürfe. Die Werbetätigkeit für die Aufnahme deutscher Kinder begegne infolgedessen großen Schwierigkeiten und es müsse erst wieder eine erneute Aufklärungstätigkeit über die nach wie vor in Deutschland bestehende ungeheure Notlage einsetzen, ehe in großzügiger Weise wieder für deutsche Kinder mit Erfolg gearbeitet werden könne. Die dringende Notwendigkeit einer umfassenden Aufklärungstätigkeit über die Not in Deutschland wurde allgemein anerkannt und entsprechende Maßnahmen in Aussicht genommen.

Arbeiterpresse und Kapitalistenpresse.

Es hat keinen Zweck, sich den Ernst unserer augenblicklichen Situation zu verhehlen: Unsere Parteipresse ist in Gefahr! Die mannigfachen Gründe hierfür sind wiederholt auseinandergesetzt worden. So wurde auch auf die steigenden Unkosten für Papier, die sich etwa verzehnfachten, für Löhne, Material, Transportmittel usw. verwiesen. Von Monat zu Monat sind die Zeitungen gezwungen, die Abonnementspreise heraufzusetzen und noch ist in jener irrsinnigen Entwickelung, die dieses von den Zeitungsverwaltungen am meisten bedauerte Vorgehen bedingt, keine Abänderung abzusehen. Nun besteht die große Gefahr, daß der Leser in der Annahme, die Zeitungen gehörten nicht zu den unbedingt lebensnotwendigen Dingen, diese abbestellt. Was das jedoch für die Gesamtheit zu der er doch letzten Endes selbst gehört, bedeutet, ist in seinen Folgen gar nicht abzusehen. Die Presse ist heute, im Zustande des kapitalistischen Systems, ein politischer Faktor aller ersten Ranges geworden, der nicht nur Geschehenes wiedergibt, sondern auch auf den künftigen Gang der Dinge von überragendem Einfluß zu werden vermag. So würde ein Eingehen der sozialistischen Blätter eine Schwächung der von unserer Partei befolgten Politik bedeuten, der die zur Verbreitung ihrer Ideen notwendige Grundlage entzogen würde. Was das heute in einer Zeit, in der die geeinte Reaktion feindlich der Sozialdemokratie gegenübersteht, zu bedeuten hat, braucht nicht im Einzelnen auseinandergesetzt zu werden. Denn die gleiche Gefahr, die uns droht, ist für die kapitalistische Presse nicht zu gewärtigen. Dieser stehen ganz andere Geldmittel als Fonds zur Verfügung, so daß sie in der Lage wäre, die Oeffentlichkeit einseitig lediglich von ihrem privatwirtschaftlichen Interessenstandpunkte aus zu informieren. Es muß deshalb seitens der Behörden alles Notwendige geschehen, um den Kampf der Presse um ihre Existenz zu erleichtern. Aber auch die Treue der Leser ihrem Parteiblatt gegenüber ist eine Voraussetzung für die Erhaltung der Presse und den Sieg der Sozialdemokratie.

Deutschland.

Das Geburtstagsgeschenk für Wilhelm.

Der Abstimmungsentwurf für den früheren Kaiser, der in den nächsten Tagen die Landesversammlung beschäftigen wird, soll unerwartet günstig ausgefallen sein. Man spricht von der Zuweisung einer Entschädigung durch Preußen für seinen angeblichen Privatbesitz, soweit er vom Staate übernommen wird. Einen Teil seiner zahlreichen Schlösser und seines großen landwirtschaftlichen Grundbesitzes in Preußen wird Wilhelm Hohenzollern jedoch außerdem in seinem persönlichen Eigentum behalten, ebenso seine sämtlichen Industrieaktien, Obligationen, Hypotheken usw. Obendrein soll die Rente aus den Kronfideikommißgütern mit einer Summe von 100 Millionen abgelöst werden, die dem Exkaiser ebenfalls zufällt.

Wenn schon das bisher über das Abkommen Mitgeteilte kaum glaublich erscheint, so wäre es der Gipfel des Unbegreiflichen, wenn die weitere Angabe zuträfe, nach der das gesamte Privatvermögen und die oben erwähnten 100 Millionen Entschädigung für den früheren Kaiser ohne irgendwelche steuerliche Heranziehung erfolgen und insbesondere auch vom Reichsnotopfer befreit werden sollen.

Wir müssen schon fragen, wenn der Exkaiser, der so viel Schuld am Elend des Volkes trägt, in dieser Weise „entschädigt" wird, wie soll dann das deutsche Volk, das seiner Regierungskunst zum Opfer gefallen ist, für das namenlose Elend entschädigt werden, das es ihm verdankt?

Christentum und Gottesgnadentum im Kriege.

Der Generalleutnant a. D. Keim beginnt in der nationalistischen „Deutschen Zeitung" einen Artikel über das Thema „Weltbetrug" mit folgenden für ihn und seine Richtung immerhin merkwürdigen Worten:

„Es ist ein politischer Selbstbetrug, den Begriff „Welt" mit allgemein giltigen moralischen oder sittlichen Voraussetzungen zu verkuppeln. Selbst das Christentum hat nach dieser Richtung im Weltkriege versagt. Auch ein falsch verstandenes Gottesgnadentum sowie romantische Vorstellungen von dynastischer Solidarität, die gleichsam wie ein internationaler Familienrat über die Wohlfahrt der Völker zu wachen habe (siehe Aeußerungen Kaiser Wilhelm II.), fallen unter diese Fehlrechnung."

Wie sind die letzten, die gegen General Keims Feststellungen protestieren möchten. Nur eine kleine Anfrage: Woraus leiten nun eigentlich die arisch rassereinen Politiker die Berechtigung ihres Wirkens her, wenn Christentum und Kaisertum sich beide im Kriege wurmstichig gezeigt?

Straßenbettelei in Berlin.

Das „Berliner Tageblatt" schreibt:

Das Bettelunwesen hat in Groß-Berlin seit Beendigung des Krieges Formen angenommen, die eine geregelte öffentliche Aufsicht vermissen lassen. Namentlich fällt die große Zahl von feldgrau gekleideten Männern auf, die scheinbar hilflos an allen Ecken und auf allen Freitreppen die öffentliche Wohltätigkeit in Anspruch nehmen. Der arglose Passant sagt sich, es sind Kriegsbeschädigte, und ihnen muß ohne Ueberlegung mit voller Hand gegeben werden. Ist diese Annahme nun berechtigt, oder soll der Geber erst genau prüfen, wem er seine Mildtätigkeit zuteil werden läßt?

Ein großer Teil aller bettelnden Kriegsbeschädigten sind Betrüger, die meist vom Kriege nichts gesehen haben, sondern nur die Kleidung eines Kriegsmannes tragen. Die aufsichtführenden Behörden und auch zuverlässige Privatleute haben Beobachtungen angestellt, die als Resultat ergeben haben, daß von 100 kriegsbeschädigten Bettlern — namentlich Blinden und „Schüttlern" — nur fünf als echt anzusprechen waren. Diese Zahlen beweisen, daß die Mildtätigkeit in der Mehrzahl aller Fälle an unrechter Stelle geübt wird. Wenn nun ermittelt worden ist, daß diese verkappten Kriegsbeschädigten sich mühelos ein Tageseinkommen von 300 bis 400 Mark sichern, so gibt das reichlich zum Nachdenken Veranlassung. Es bleibt also nur ein kleiner Rest von wirklich Kriegsbeschädigten, die der Bettelei obliegen, und es taucht die Frage auf, ob diese Bedauernswerten überhaupt die private Mildtätigkeit auf der Straße in Anspruch nehmen müssen. Die Notwendigkeit muß man im Hinblick auf die soziale Kriegsbeschädigtenfürsorge verneinen. Die monatlichen Militärversorgungsgebührnisse betragen: bei Verlust eines Beines oder des ganzen rechten Armes 153.30 Mark, bei Verlust der rechten Hand 147 Mark; bei Blindheit 260.40 Mark. Das mögen genug Beispiele sein; im übrigen täuscht man sich allgemein in der Zahl der Kriegsblinden, es gibt insgesamt nur 2200. Gleichzeitig mag nicht unerwähnt bleiben, daß sich das Gesetz für die Mannschaftsversorgung in völliger Umarbeitung befindet und bereits am 1. April 1920 neue wesentliche Bezüge in Anwendung kommen. Allen Kriegsbeschädigten steht gleichzeitig das Recht zu, an die sogenannten Militärversorgungsgerichte zu appellieren, in denen sie auch zur Wahrung ihrer Interessen vertreten sind. Eine wesentliche Arbeit bei der Behebung des Notstandes leisten auch die Kriegsbeschädigtenverbände, die die Bettelei ihrer Mitglieder vollkommen verwerfen und sich mit Fug und Recht auf den Standpunkt stellen, daß der Staat für hinreichendes Auskommen und baldmöglichste Arbeitsgelegenheit zu sorgen habe. Schließlich ist nicht zu vergessen, daß den augenblicklich untätigen Kriegsbeschädigten die Erwerbslosenunterstützung ohne Anrechnung auf die Rente voll ausbezahlt wird. Alles in allem bleibt somit für den Bürger wenig oder gar nichts zu tun übrig. Dem Ueberhandnehmen des Bettelunwesens, oder, besser gesagt, des offensichtlichen Betruges, kann er nur steuern, wenn er seine Tasche verschließt und nur dort spendet, wo er aus eigener Sachkenntnis oder fester Ueberzeugung seine Mildtätigkeit für angebracht erachtet.

Gewerkschaftliches.

Teilstreik in den Berliner Kabaretts.

Durch Gewaltakte des freien Artistenverbandes und der Internationalen Artistenloge ist kürzlich der Betrieb in den meisten Berliner Kabaretts empfindlich gestört worden. In den Lokalen erschienen Beauftragte der beiden Verbände und legten den Besitzern Tarifverträge zur Unterschrift vor mit der Drohung, daß die Kabarettkräfte sofort in den Ausstand treten würden, falls die Anerkennung des Tarifvertrages nicht unterschriftlich vollzogen würde. Gleichzeitig wurden vor den Kaffeehäusern Streikposten aufgestellt, die das Publikum am Betreten der Lokale hinderten. In einigen Fällen wurden die Artistenvertreter auch durch die Musiker unterstützt, da diese erklärten, bei Nichtanerkennung des Tarifvertrages in einen Sympathiestreik eintreten zu wollen.

Lokales.

Schieber-Café.

Der Geiger wirft zurück die Riesenmähne
Und setzt kokett zum Spiel den Bogen an.
Mit beiden Händen fährt sein Hintermann
Dem Bechsteinflügel in die Vorderzähne.

Verklärung sinkt auf fetter Schieber Mienen —
Ave Maria, schluchzt es durch den Raum —
Auf Liederwogen ziehn durch ihren Traum
Speck, Zucker, Leder, Tabak, Sultaninen.

Zuweilen stößt ein Ring mit echtem Steine
Melodisch klingend an den Sektpokal.
Ein Kellner schießt unhörbar durch den Saal,
Und dann und wann erknistert Scheine.

Die Milchlieferung nach Danzig gesichert. Das polnische Ministerium in Posen hat dem Magistrat in Danzig telegraphisch mitgeteilt, daß den Abtretungskreisen die Anweisung zugegangen ist, die Milchlieferung aus diesen Kreisen nach Danzig bis auf weiteres in der bisherigen Weise stattfinden zu lassen.

Städtische Baupolizei. Der Minister hat bekanntlich genehmigt, daß die Baupolizei von der Stadt übernommen werden kann. Diese Uebernahme ist aber der Kosten wegen noch nicht erfolgt. Angesichts der großen Aufgaben in der Wohnungsbeschaffung für Danzig, der erforderlichen großen Beweglichkeit und dem Begehen neuer Wege wäre jetzt aber eine Uebernahme der Baupolizei auf die Stadt sehr erwünscht. Die neue Bauordnung, an der seit Jahren gearbeitet wird, ist noch immer nicht heraus. Für das Zigankenberger Gelände und die Kleingärten mit Bauanwartschaft ist eine besondere Bauordnung erforderlich. Auch die Baugenehmigungen müssen sofort mit der Uebergabe des Baugeländes erteilt werden können. Den Baulustigen muß das größte Entgegenkommen bewiesen werden.

Wucherausschuß. In der gestrigen Sitzung des Wucherausschusses wurde mitgeteilt, daß demnächst ausländische Streichhölzer zum Verkauf kommen würden. Der Preis dieser Auslandsware wird freilich ein teurer sein. Es wird aber dafür Sorge getragen werden, daß die Inlandsstreichhölzer zum alten Preise abgegeben werden. — Weiter wurde darauf hingewiesen, daß Schiebungen mit Wurst im Gange seien.

Richtlinien für Wohnungsbeschaffung. Der Ausschuß für Wohnungsbeschaffung hat seine Richtlinien der Stadtverordneten-Versammlung mit der Bitte übersandt, sie wohlwollend zu prüfen und dem Magistrat überweisen zu wollen.

Heimatstreue Oberschlesier. Die erste Vollversammlung der heimatstreuen Oberschlesier des Freistaates Danzig im Gewerbehause nahm einen sehr anregenden Verlauf. Nachdem der Vorsitzende, Seminarlehrer Gebauer die zahlreich Erschienenen begrüßt hatte, wurden die Statuten beraten und die endgültige Vorstandswahl vorgenommen. Neu wurden noch Gütervorsteher Schwarzer, Kaufmann Berliner, Rendant Cieslinski und Architekt Ihrend in den Vorstand gewählt. Eine Kollekte ergab die Summe von 356 Mk. und zu 138 Mitgliedern meldeten sich noch 56 neue, sodaß der Verein heimatstreuer Oberschlesier seit der Gründung am 10. Januar d. Js. schon 194 Mitglieder zählt. Nachdem die Meldekarten für die Abstimmung eingehend besprochen und ausgefüllt waren, hielt Architekt Pasdzior seinen angekündigten Vortrag über „Erlebnisse in englischer Gefangenschaft" in fesselnder hochinteressanter Weise. Der gemütliche Teil wurde durch recht herzhafte Lautenlieder von unserer geschätzten einheimischen Elsa Krieschen eingeleitet. Frl. Ahlsdorf setzte die Vorträge mit ernsten und heiteren Deklamationen in außerordentlich herzgewinnender Weise fort. Das Doppelquartett des Männergesangvereins Libertas e. V. trug tonschön ausgeglichen und ergreifend, heimatliche Kompositionen vor und Frau Kapellmeister Driesen, bisher am Stadttheater in Breslau erfolgreich tätig, sang mit großer Innigkeit und fein geschwungener Kantilene echt schlesische Weisen, wozu sie ihr Gatte als Landsmann begleitete. Nachdem Frau Frankenstein mit ihren charakteristischen, oberschlesischen Typen, echte heimatliche Gedanken vorgerufen, sang Landsmann, Opernsänger und Spielleiter Max Aschner vom Stadttheater mit dem ihm eigenem Temperament und Musikverständnis zwei ansprechende Kompositionen. Alle musikalischen und deklamatorischen Darbietungen ernteten bei dem vollbesetzten Saale lebhaften Beifall und haben die Oberschlesier noch fester geeinigt. Man schied mit dem Bewußtsein, einen köstlichen Abend im Kreise seiner Landsleute verlebt zu haben. Oberschlesier, seid wach!

Gerichtssecke.

9 Monate für einen Jugendlichen! Der jugendliche Arbeiter Heinrich Kl. wurde von seinem Vater bestraft. Aus Rache für die Strafe verband er sich mit den Arbeitern Helmuth B. und Paul K. in Danzig, um zweimal den Vater zu bestehlen. Es wurden ihm Oelmäntel und Geld entwendet. Dem Vater fehlten im ganzen etwa 400 Mk. Die Angeklagten wollen jedoch weniger gestohlen haben. Die Missetäter standen vor der Strafkammer, die Kl. zu neun Monaten Gefängnis, B. zu vier Monaten Gefängnis und K. zu zwei Monaten Gefängnis verurteilte.

Geht dem Schöffengericht denn tatsächlich das Gefühl dafür ab, daß hier ein Jugendlicher vor Gericht stand, also ein Mensch, der noch nicht ausgereift ist und deshalb mit anderem Maße gemessen werden muß als ein alter, abgefeimter Spitzbube? Wir sind der Ansicht, daß Jugendliche vor das Jugendgericht und nicht vor das Schöffengericht gehören.

Kettenhandel. Eine Frau Gertrud Kl. in Langfuhr hatte sich wegen Kettenhandels zu verantworten. Ihre Tochter war bei einer Lebensmittelstelle beschäftigt und kaufte hier 400 Stück Seife, das Stück für 5 Mk. Die Seife übergab sie ihrer Mutter, der Angeklagten. Diese verkaufte die Ware weiter und zwar für 6 Mark das Stück. Die Ware befand sich bereits in den Händen eines Verbrauchers, und wurde dann mit einer Preissteigerung weiterverkauft. Die Angeklagte war also ein überflüssiges Glied in der Kette des Handels. Das Schöffengericht verurteilte sie zu einer Geldstrafe, wogegen sie Berufung einlegte. Das Berufungsgericht verwarf aber die Berufung und bestätigte das Vorderurteil.

Schulbänke als Brennmaterial. In einer hiesigen Privatschule waren einige Schulbänke nicht unterzubringen und sie wurden deshalb im Keller aufbewahrt. Der Kaufmann A. Fl. in Danzig, der in diesem Hause wohnt, entwendete die Bänke und verfeuerte sie zu Brennholz. Das Schöffengericht hatte Fl. zu drei Tagen Gefängnis verurteilt. Die Berufung des Angeklagten wurde von der Berufungsstrafkammer verworfen.

Beilage der Danziger Volksstimme

Nr. 25 | Freitag, den 30. Januar 1920 | 11. Jahrgang

Zur Kommunalisierung der Fleischversorgung

äußert sich der Genosse W. Schäfer, Redakteur des Gewerkschaftsorgans „Der Fleischer" in der „Kommunalen Praxis". Der freie Handel und die freie Wirtschaft können zurzeit eine geordnete Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch nicht durchführen. Was läge näher, als gerade auf diesem Gebiet die Kommunalisierung allgemein durchzuführen? Die Verordnung der Reichsregierung vom 25. September 1915 gibt den Gemeindeverwaltungen das Recht dazu. Die Mängel der heutigen Fleischversorgung sind nicht auf die Zwangswirtschaft allein zurückzuführen, sondern sind aufs engste verbunden mit der wenig zweckmäßigen Durchführung der Zwangsbewirtschaftung. In den allermeisten Fällen hat man Interessenten dabei zu Rate gezogen, die die Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft nicht wünschen. Die Leidtragenden bei dieser Mißwirtschaft sind die Konsumenten. Statt der früheren 2 Pfund Fleisch pro Woche und Kopf erhält die Bevölkerung im günstigsten Falle ein halbes Pfund. Die Geschäftsleute bezeichnen die Zwangsbewirtschaftung des Fleisches als die Ursache der Verabfolgung dieser geringen Fleischportionen. In Wirklichkeit trägt vor allem der durch den Krieg herabgewirtschaftete Viehbestand zu dem geringen Fleischquantum bei. Immerhin muß gesagt werden, daß auch bei dem jetzigen Viehbestand die Möglichkeit besteht, pro Woche und Kopf mindestens 500 Gramm zu verabfolgen. Daß das nicht geschieht, liegt an der mangelhaften Erfassung des Schlachtviehs und an dem damit verbundenen Schleichhandel. Die Befürworter des freien Handels geben vor, daß sie imstande wären, genügend Fleisch zum Verkauf zu bringen. In Wirklichkeit ist das nirgends möglich.

Solange der Viehbestand Deutschlands ein derartig niedriger ist, muß an der Zwangswirtschaft festgehalten werden. Verlangt werden muß aber, daß durch die Einfuhr von Futtermitteln der Schlachtviehbestand derartig gehoben wird, daß eine bessere Fleischversorgung möglich wird. Nach der Statistik vom Monat Juni 1919 betrug die Ziffer der geschlachteten Rinder 158 500, das sind 0,94 Prozent unseres Viehbestandes; im Jahre 1914 wurden im Monat Juni 281 200 Rinder geschlachtet, das macht 1,3 Prozent des damaligen Viehbestandes. Es ist also nicht wahr, was gelegentlich in der Presse behauptet wird, daß die Schlachtziffer nicht höher sein könnte, weil dadurch unser Viehbestand zu sehr herabgemindert würde. Nicht durch die für den offiziellen Fleischbedarf vorgesehenen Schlachtungen wird unser Viehbestand herabgemindert, sondern durch die unverantwortlichen, aus purer Gewinnsucht betriebenen Schwarzschlachtungen. Unsere Fleischproduktion beträgt heute noch 1 822 378 Tonnen pro Jahr, wenn man die Gewichte zugrunde legt, die 1914 pro Stück erzeugt wurden, nämlich 85 Kilogramm pro Schwein und Jahr, 50 Kilogramm pro Rind und 10,5 Kilogramm von einem Schaf. Selbst wenn man zugibt, daß die Schlachtausbeute der Rinder heute um 15 Prozent niedriger wie in Friedenszeiten ist, dann verbleibt noch immer die Möglichkeit, pro Kopf und Woche 1 Pfund Fleisch zu verabfolgen. In einer ordnungsmäßig scharf durchgeführten kommunalen Fleischversorgung erblicken wir eine der Grundbedingungen, die notwendig sind, um die mit der Fleischversorgung verbundenen Schiebungen zu unterbinden.

In der Landwirtschaft machen sich neuerdings Bestrebungen bemerkbar, die auf eine genossenschaftliche Organisation der Viehhalter hinzielen. Der Zweck dieser Genossenschaften soll sein, die Produktion der Landwirtschaft direkt mit den Organisationen der Verbraucher auszutauschen unter Ausschaltung aller unnötigen Zwischenhändler. Durch diese Bestrebungen gewinnt die kommunale Fleischversorgung neue Bedeutung. Die Schwierigkeit der kommunalen Fleischversorgung bestand bisher in der regelmäßigen Beschaffung von Schlachtvieh. Durch die gemeinsame Organisation der Landwirte wird diese Schwierigkeit beseitigt. Die Kommunalisierung der Fleischversorgung rückt somit in ein neues Stadium. Daß sie schon heute ertragreich für die Kommune gestaltet werden kann, beweist der günstige Abschluß der Schlächterei und Wurstfabrik der Stadt Kassel. Die Stadtverwaltung betreibt die Fleischversorgung in eigener Regie unter Ausschaltung sämtlicher Privatunternehmer. Im dritten Quartal bezog die Stadtverwaltung Kassel daraus einen Reingewinn von 48 000 Mark. Derartige Gewinne fließen dort, wo die Stadtverwaltung die Fleischbewirtschaftung privaten Unternehmern überläßt, in deren Tasche.

Durch die gesteigerten Preise für Häute und Felle haben die Schlachtgruppen oder Schlachtermeister die Möglichkeit, ganz besonders große Verdienste einzuheimsen. Erfahrungsgemäß steigen die Häute von Monat zu Monat. So beträgt gegenwärtig der Satz, nach dem die Landwirte und die kommunale Verwaltung aus dem Häuteerlös entschädigt werden, pro Pfund 14,75 Mark. Auf der Berliner Häuteauktion wurden am 15. Dezember aber 17 bis 18 Mark pro Pfund erzielt. Die Differenz zwischen dem offiziellen und dem wirklichen Preise für Rinderhäute stecken die betreffenden Interessenten ein. Dort, wo die Fleischversorgung in eigener Regie für kommunale Betriebe vorgenommen wird, kommt dieser Mehrerlös der Stadtverwaltung zugute, die diese Summe entweder im Interesse der Stadtverwaltung oder aber zur Herabsetzung der Fleischpreise benutzen kann. Die Summen, die durch diese Uebertragung der Fleischbewirtschaftung an Privatunternehmer der Allgemeinheit verloren gehen, sind ganz erhebliche. Nimmt man nun an, daß pro geschlachtetes Rind eine Haut von ca. 50 Pfd. in Betracht kommt und daß die Differenz 3 Mark pro Pfund Haut beträgt, so macht das einen Uebergewinn von 150 Mark pro Rind aus. Diese Summe wird durch keine Kalkulation erfaßt, stellt also einen Reingewinn der Privatunternehmer dar, der ihnen durch die Gemeindeverwaltungen zugeschanzt wird.

Parteinachrichten.

Der Klatsch um den Fall Sklarz.

Wir haben bereits mitgeteilt, daß im „Vorwärts" jetzt die Rechtfertigungsschrift veröffentlicht wird, die Genosse Scheidemann dem zur Untersuchung der Affäre Sklarz eingesetzten Parteiausschuß übergeben hat. Die Schrift war zunächst nur für diesen Ausschuß bestimmt; nachdem aber auf die sattsam bekannte Manier einzelne Teile daraus schon in die Presse lanciert worden sind, ist es nur zu begrüßen, daß jetzt gleich zu ihrer vollständigen Veröffentlichung geschritten wird. Einer gründlichen und gewissenhaften Untersuchung wird damit keineswegs vorgegriffen, wohl aber bekommt die Oeffentlichkeit damit endlich einen genaueren Einblick in die Verhältnisse, aus denen das Sumpfgewächs dieser „Affäre" entsprossen ist. Unsere Parteipresse aber kommt dadurch endlich auch in die Lage, der unverschämten Ausnützung des Sklarz-Falles durch die rechts- und linksradikale Presse mit der Waffe der Tatsachen entgegenzutreten.

Es verhält sich mit dieser Sache in der Tat so, wie bereits vor mehreren Tagen ein Genosse schrieb:

„Gerade der Sklarz-Skandal zeigt, daß unsere Parteiführer mehr oder weniger am Anfang der Revolution Opfer ihrer Gutmütigkeit oder auch des Zwanges der Notwendigkeit geworden sind. Als in den heißen Januartagen Scheidemann vom Fenster der Reichskanzlei der „nach Waffen" rufenden Menge zurief: „Ja, ihr sollt Waffen haben, ihr sollt nicht mit Knüppeln kämpfen", da wußte er gewiß selbst noch nicht, woher er Waffen bekommen solle. Denn er hatte weder Waffen noch Wagen, auf denen er diese hätte heranschaffen können. Wenn aber im gegebenen Augenblick jemand gekommen wäre und hätte Scheidemann angeboten, sofort Waffen zu bringen, so hätte dieser natürlich ohne langes Besinnen zugegriffen. Und war es nicht fast dasselbe mit dem Antrag Sklarz, die Truppen sofort mit Lebensmitteln zu versorgen?

Gewiß kann jetzt jeder Neunmalweise herkommen und sagen, man hätte sich mit Konsumgenossenschaften oder staatlichen Depots in Verbindung setzen können. Aber für die bedrängte Lage jener Tage mußte der Satz gelten: Wer zuerst kommt, mahlt zuerst. Und die ersten „Unternehmer", die sich der neuen Regierung sofort zur Verfügung stellten, waren eben nicht Genossenschaftsbetriebe, deren ganze Geschäftsführung dies wohl nicht zugelassen hätte, sondern eben jene Leute, die schon unter der alten Regierung gelernt hatten, wie man sich im Kriege „verdient" macht. Nur solche Leute hatten ja noch etwas, womit sie helfen konnten. Die Uneigennützigen konnten höchstens ihren Idealismus opfern."

Zu den Leuten, die nicht aus purem Idealismus, sondern in erster Linie, um Geschäfte zu machen, sich der neuen Regierung zur Verfügung stellten, gehört nun zweifellos auch dieser vielgenannte Herr Sklarz, von dem Genosse Scheidemann in seiner Rechtfertigungsschrift sagt:

„Ob der Kaufmann Georg Sklarz, der nicht Sozialdemokrat ist, irgendwelche Geschäfte gemacht hat, die unreell, oder irgendwelche Handlungen begangen hat, die strafbar sind, werden die Gerichte prüfen müssen. Ich weiß von solchen Geschäften ebensowenig wie von anderen Geschäften, die er gemacht hat oder gemacht haben soll. Ebensowenig wußte und weiß ich von seinen Steuerverhältnissen irgend etwas. Ich habe mich bei ihm ebensowenig nach seinen geschäftlichen und Steuerangelegenheiten erkundigt, wie bei allen anderen mir befreundeten Familien, mit denen ich freundschaftlichen Verkehr gehalten habe."

Während also dem Lieferanten der Lebensmittel für die Regierungstruppen in jenen bewegten Tagen strafbare Handlungen einstweilen noch nicht nachgewiesen sind, steht allerdings schon jetzt fest, daß der Hauptbelastungszeuge, der junge Sonnenfeld, nach einem Millionenbetrug flüchtig geworden ist und jetzt in Holland im Gefängnis sitzt. Ihn charakterisiert Scheidemann mit folgenden Sätzen:

„Der Sonnenfeld-Sohn schreibt in einem Brief aus Haarlem vom 20. Oktober 19 an seinen Rechtsanwalt, wie er geradezu begeistert gewesen sei, als er Herrn Georg Sklarz kennen lernte: „. . . . Dieser kleine Mann wurde in meinen Gedanken ein Heros und blieb lange Zeit für mich ein grenzenlos hoch zu achtendes, ein bewunderungswertes Geschöpf . . ." Ich war zwar nicht in dieser Weise begeistert von Sklarz, als ich dessen Bekanntschaft machte, aber ich lernte ihn unter Umständen kennen, die ihm meine Achtung sicherten, und diese Achtung werde ich ihm bewahren, bis der Nachweis geführt worden ist, daß er ein schlechter Mensch ist, also unehrenhafte Handlungen begangen hat. Die Beschuldigungen durch die Ehrenmänner Sonnenfeld genügen nicht, um ihm meine Achtung zu entziehen."

Nach alldem darf schon gesagt werden, daß unsere Partei nicht die geringste Ursache hat, die restlose gerichtliche Aufklärung der Sklarz-Affäre zu scheuen. Beschämend für uns kann nur sein, daß aus so unsauberer Quelle stammende Beschuldigungen ausgenutzt werden konnten, um unsere gesamte Parteiführung mit Schmutz zu bewerfen. Denn selbst wenn schließlich der Geschäftsmann Sklarz eines Vergehens gegen die Gesetze überführt würde, ist darum die Regierung, die sich in einem Augenblicke höchster Not seiner Hilfe bediente (als noch nichts Nachteiliges über ihn bekannt war!), noch lange nicht seine Mitschuldige. Diese Sucht, der ohnehin von allen Seiten, und ganz besonders von den schlimmsten Zuhältern des kapitalistischen Systems, angefeindeten Regierung jeden Dreck an die Rockschöße zu hängen, ist kein Zeichen moralischer Gesundheit, sondern Symptom einer Schwäche, die unbedingt überwunden werden muß. In einer Zeit, wo unsere Partei berufen ist, das Höchste für Land und Volk zu leisten, haben wir wahrlich Besseres zu tun, als in die Niederungen des Klatsches hinabzusteigen. Und viel mehr als ein gehäuftes Maß voll Klatsch scheint bei der ganzen Sklarz-Affäre nicht herauszukommen.

Der Schandfleck.

Eine Dorfgeschichte von Ludwig Anzengruber.

28) (Fortsetzung.)

Also das ist Liebe, was sie nun empfindet! Viel wissen die Leute darüber zu reden, aber keines weiß es auszusagen, wie das ist! — — Jetzt geht er dort durch das Wäldchen, — nun ist er wohl schon heraus und steigt zur Mühle hinab. — „Gute Nacht, Flori!" — Und dann soll eine Zeit kommen, wo sie nicht mehr getrennte Wege gehen, sondern allimmer zusammen, und wo sie vor Gott und der Welt ihm angehören soll für das ganze Leben!

Ihre Hände umspannten das Fensterkreuz, als wollten sie es zerdrücken.

„Du willst ihm ein rechtes Weib sein," sagte sie und ließ tief aufatmend die Arme sinken und sah hinaus in die Mondnacht. Ruhiges, freundliches Licht über der stillen Erde. Und wieder überkam sie das Gefühl, das gehört uns, wir teilen es und schenken es an andere!

Ein froher Schauer durchrieselte sie, aber das Blut stieg ihr nach den Wangen, rasch schloß sie das Fenster und begab sich zur Ruhe.

VIII.

Diesmal jagten Wolken über den Nachthimmel und deckten von Zeit zu Zeit die Mondscheibe und dann lief jedesmal ein schwarzer Schatten über die Gegend.

Oben bei dem Tannenwäldchen saßen Hand in Hand Magdalena und Florian, und so oft es um sie dunkelte, lösten sie ihre Hände und hielten im Reden inne, bis es wieder licht geworden war.

Das Mädchen sagte: „Ich fürchte doch, was der Vater dazu sagen wird."

Und der Bursche erwiderte: „Das hat es nicht not. Was kann er viel sagen und was kann er dagegen haben, wenn er sieht, daß wir uns leiden mögen. Dann muß er mir eben nachfragen und das ist recht; für blind halte ich ihn nicht, und so wird er einsehen, und auch von den Leuten wird er es zu hören bekommen, daß wir ganz zusammentaugen, sorgen kann er auch nicht, daß du es schlecht haben wirst als Müllerin im Wasser-Graben, weiter kann es für ihn doch kein Bedenken geben. Und so denke ich, unser Herrgott wird es mit uns nicht schlechter meinen, als mit den andern, die in ehrsamer Verliebnis auf ihn bauen!"

Ein düsterer Schatten lief über die Wiese.

„Wir wollen auf ihn trauen," flüsterte das Mädchen und als es wieder rings freundlich hell war: „Und schau nur, wie er alles gescheit einrichtet, der liebe Gott, schon als Kind hätte ich die Mühl im Wasser-Graben gern gehabt, es ist was eigenes um so eine liebe, klappernde Mühle, jetzt kriege ich sie, weil ich mich aber doch nicht darauf versteh, so gibt er mir gleich einen jungen Müller dazu."

„Freilich," lachte Florian, „der muß dabei sein und ohne den kriegst du sie gar nicht, und hübsch freundlich mußt du mit ihm umgehen, sonst stellt er die Mühle ab und du verschuldest eine große Mehlnot im Lande."

„Und du mußt nicht so einbilderisch daherreden, es gibt noch genug Mühlen, wegen der Leute wäre mir nicht bang, die fänden schon andere Müller, aber wo nähm ich einen her?"

„Nun siehst, und darum darfst du nicht trotzig sein."

„Ich meine nicht, daß ich es werde lassen können, jetzt nehme ich mich noch zusammen, aber bin ich einmal auf deinem Hof —"

„Ei wohl, darauf fürchte ich mich schon, wie eine arme Seel aufs Himmelreich."

„Sag einmal im Ernst, was kann man deinen Leuten zu Lieb tun?"

„Wie du doch fragen magst, was willst du ein'm Liebersch tun, als wenn du tust, wie es dir gegeben ist, und bleibst, wie du bist? Da sorge nicht, man muß dich gern haben."

„Tun, wie ich will, und bleiben wie ich bin? Nun, ich meine schon, das werde ich kaum verfehlen und mich nicht besonders anstrengen dabei. Deine Mutter ist gar eine ansehnlich schöne Frau, wenn mich die möcht lieb gewinnen, das wäre mir eine rechte Freud."

„O, meine Mutter, so groß und breit sie ist, die hast du in der Tasche. So oft die Red auf dich kommt, tut sie völlig verliebt, wär sie ein Mannsbild, ich könnt rein eifersüchtig werden auf sie. Denk, sie erinnert sich noch, wie du einmal als ganz kleines Ding mit mir nach unserer Mühle gelaufen bist, weißt du es denn selber noch?"

„Ei freilich."

„Und damals schon hat sie gemeint, wie wir einander gleich, und darauf hin schaut sie dich noch bis auf den heutigen Tag an."

„Geh zu, wie kann sich ein Mannsbild und ein Weibsleut gleichschauen?"

„Nun, ich meine doch selber, das könnte wohl sein!"

„Und gar ich und du, das ist spaßig! Du bist schwarz und ich bin blond, du bist groß und ich bin mittel, du bist schlank und ich bin untersetzt, einen Bart wirst auch bald kriegen, und ich hoff doch, daß mir keiner wachsen wird."

„Aber halt sonst."

„Ja, sonst freilich! Schau, sonst fürchte ich wohl selber, daß uns die Leute oft verwechseln möchten!"

Beide lachten laut.

Ein Wolkenschatten machte sie wieder ernst.

„Wenn mich deine Mutter nur gut leiden kann," sagte das Mädchen, „dann mag sie glauben, wir sehen einander so gleich wie ein Ei dem andern; denn weißt du, man faßt doch mehr Herz wieder zu einem Frauenzimmer."

„Das versteh ich schon, übrigens ist mein Vater auch nicht uneben, kennt man ihn nur erst, brummig und nachdenklich ist er halt die Zeit her geworden, aber reden läßt er doch mit sich. Und wirst sehen, es kommt nur auf ein näheres Bekanntwerden an, so mögen sich alle auf dem Reindorferhof und von der Mühle im Wasser-Graben untereinander gar wohl leiden und auf dem Wege, der dazwischen liegt, wird immer eines auf den Füßen sein, das die andern heimsucht, oder just von ihnen kommt, und Sonntags finden wir uns alle, so viel wir unser sind, in der Kirche zusammen, und haben alle Ursach Gott zu danken, daß er solche rechtschaffene Eintracht gestiftet und alles wohl gemacht hat."

„Das wär so viel schön!"

„Es wird so, verlaß dich darauf, und siehst, dann braucht sich auch keines mehr zu fürchten, es möcht in Widerwärtigkeit allein und verlassen dastehen, da wollen wir immer uns alle für das eine rühren, und die schwerste Prüfung fällt nimmer so hart, wenn man weiß es nehmen andere Teil. Ich denk nicht anders, als es muß ein Segen werden, wie wenn uns ein Stück vom Himmelreich auf die Erd gefallen wär, und dasselbe vergönn ich allen miteinander, nur den Erzengel, der mit dabei ist, den behalt ich für mich alleinig." (Fortsetzung folgt.)

Lokales.

Der kleine Eigenbau als Helfer in der Wohnungsnot.

Es ist eine schon oft betonte, aber immer noch keineswegs genügend beachtete Tatsache, daß gegenüber der ungeheuren Wohnungsnot jetzt der Eigenbau der Minderbemittelten eines der allerbesten Hilfsmittel ist. In den breiten Schichten unseres Volkes steckt eine ganz außerordentliche Sehnsucht nach einer eigenen Scholle, jetzt noch verschärft durch die trüben Erfahrungen der Lebensmittelversorgung und der Wohnungsnot. Zahllose Familien sind aber bereit und auf Grund der guten Verdienste der vergangenen Jahre auch in der Lage, wenn es sich nur um kleine Eigenhäuser für sie selber handelt, auch mit wesentlich geringeren öffentlichen Beihilfen zu bauen, als im allgemeinen erforderlich sind, um die jetzige Bauteuerung zu überwinden. Ebenso sind sie bereit, durch eigene Mitarbeit und ständige persönliche Mitwirkung das schnelle und billige Zustandekommen der Bauten wirksam zu fördern. Hier liegen also auch unter den jetzigen bedrängten Verhältnissen erhebliche Möglichkeiten des Bauens vor. Diese Gedanken finden jetzt eine erneute wertvolle praktische Bestätigung durch die Erfahrungen, die in der jetzt abgelaufenen Bauperiode des Jahres 1919 in dem nördlichen Vorortkreise von Berlin, im Kreise Niederbarnim, gemacht worden sind. Es liegt hierüber in der Zeitschrift „Die Volkswohnung" (Verlag Wilhelm Ernst u. Sohn, Berlin) ein interessanter Bericht vor. Im Kreise Niederbarnim ist um die Förderung der Bautätigkeit möglichst beweglich und wirksam zu gestalten, schon im November 1918 eine besondere Siedlungsgesellschaft vom Kreise aus ins Leben gerufen worden, deren leitender Architekt zugleich die Bauberatung des Kreises ausübt. Mit Hilfe dieser Siedlungsgesellschaft ist es gelungen, in der eben abgelaufenen Bauperiode eine, an den jetzigen Verhältnissen gemessen, recht bedeutende Bautätigkeit zu erzielen. Es ist aber besonders bemerkenswert, daß über die Hälfte der hergestellten Wohnungen nicht auf größere Bauunternehmungen entfällt, sondern auf die Kleinbauten einzelner Baulustiger, die ebenfalls planmäßig gefördert wurden. Ja, von den 1919 endgültig beziehbar fertig gewordenen Wohnungen fällt sogar die ganz überwiegende Hauptmasse auf diese Einzelbauten — ein deutliches Zeichen dafür, welche Erfolge der Eifer des einzelnen kleinen Bauenden für sein eigenes Unterkommen zu erzielen vermag. Dabei ist — und das ist eigentlich das Allerbemerkenswerteste — bei diesen kleinen Eigenbauten darauf verzichtet worden, Bauzuschüsse in der Höhe der vollen Ueberteuerung zu geben, es wurde vielmehr nur eine allerdings beträchtliche Zuschußprämie gewährt. Auf diese Weise ist es gelungen, in solchen kleinen Einzelbauten 583 Wohnungen mit rund vier und einer halben Million Mark Zuschuß zu errichten. Die Findigkeit, der Eifer und die Arbeitslust dieser kleinen Bauherrn erwiesen sich auch hier als ungemein förderlich und erleichterten auch die Beschaffung von Baumaterialien. Allerdings wurde im Interesse dieser Beschaffung von Baumaterialien die Bauweise auch den örtlichen Verhältnissen angepaßt.

Von Interesse sind auch einige Einzelheiten. Auch in Niederbarnim wieder wurde die Beobachtung gemacht, daß bei den Bauenden sehr stark der Wunsch herrschte, mehr als eine Wohnung in dem einzelnen Hause anzulegen, namentlich, um noch Verwandte mit unterbringen zu können. Ferner ist wichtig, daß wohl das ganze Werk weitaus nicht so gelungen wäre, wenn nicht eine ständige Beratung und Beeinflussung der einzelnen Bauherrn durch den Leiter der Siedlungsgesellschaft und Bauberatungsstelle stattgefunden hätte. Die Gewährung finanzieller Zuschüsse wurde dabei davon abhängig gemacht, daß sich der Bauende bei Ausarbeitung und Durchführung seines Bauvorhabens den Vorschriften der Bauberatungsstelle unterwirft.

Die Ausführungen des oben erwähnten Aufsatzes weisen am Schlusse mit Recht darauf hin, daß die Förderung der Einzelbauten auch ein vorzügliches Mittel sei, um die für die Landwirtschaft so dringend notwendigen Arbeitskräfte auf das platte Land zu ziehen. Es fänden auf dem Lande Parzellierungen und Landverkäufe in außerordentlich großem der Beaufsichtigung kaum unterworfenen Umfange statt. Für die landhungrigen neuen Besitzer, meist Arbeiter, die etwas erspart hätten könne zunächst das System des sogenannten Kernbaues genügen, wonach fürs erste nur eine halbe Stube und eine kleine Küche geschaffen würden, die später, wenn es zum Bau eines eigentlichen Wohnhauses komme, als Stall und Waschküche Verwendung finden können.

Man wird in der kommenden Bauperiode diese Niederbarnimer Erfahrungen ernstlich beachten und die Kraft des kleinen, nach einem Eigenheim trachtenden Mannes noch weit mehr als bisher für die Bekämpfung der gegenwärtigen Wohnungsnot einspannen müssen. Um diese Kraft richtig nutzbar zu machen bedarf es aber weitgehender Befreiung von allen irgendwie entbehrlichen öffentlich-rechtlichen Hemmnissen und Verteuerungen solcher Bautätigkeit, sowie ferner, wie nach den Niederbarnimer Erfahrungen anzunehmen ist, der ständigen beratenden Hilfe eines erfahrenen Architekten, und — unter den gegenwärtigen Umständen — natürlich auch der Gewährung gewisser finanzieller Zuschüsse.

Gefährdete soziale Arbeit.

Der Danziger Jugendfürsorge-Verband schreibt: Es ist in unserer Gegenwart ein großes Verständnis für soziale Fragen vorhanden. Dieses Verständnis ist in den letzten drei Jahrzehnten allmählich aufgegangen und zu einem gewaltigen Bau emporgewachsen. Es hat durch die Umwälzung der politischen Verhältnisse eine praktische Nutzanwendung in bestimmter Richtung erfahren. Das Denken weiter Kreise wird heute von dem Worte „Sozialisierung" beherrscht. Es wäre gewiß eine höchst verdienstvolle Sache, die soziale Arbeit selbst zu sozialisieren, sie also auf die breiten Schultern der Allgemeinheit zu legen und damit gleichzeitig jedem, der in körperliche und seelische Not gerät, das Recht zu geben, von dieser Allgemeinheit Hilfe für sich zu fordern. Jedoch bis zu der Sozialisierung der sozialen Arbeit ist noch ein weiter Weg. Die Allgemeinheit wird auf die private Mithilfe hilfsbereiter Menschen vorläufig noch angewiesen bleiben. Menschliche Not bricht über den Einzelnen herein, ehe er es ahnt. Hilfe muß gebracht werden, auf der Stelle. Es kann nicht so lange gewartet werden, bis die Maschine der Verwaltung ihren Lauf beendet hat. Ein Vater ist z. B. von seinen Kindern fort, in den Krieg gezogen. Die Mutter ist schon früher im Tode dahingegangen. Die sorgende Frage: Wo bleiben die Kinder? hat hier in Danzig das „Kinderheim des Danziger Jugendfürsorgeverbandes" oftmals gelöst. — Schon längere Zeit beobachten Eltern den körperlichen Rückgang ihres Kindes. Die Tuberkulosefürsorgestelle bescheinigt ihnen, daß, um schlimmeres zu verhüten, für ihr Kind eine durchgreifende Sommererholung dringend notwendig sei. Da öffnet sich die Walderholungsstätte des Danziger Jugendfürsorgeverbandes und pflegt das Kind Wochen hindurch, bis es, an Leib und Seele gestärkt, zum gewöhnlichen Leben wieder zurückkehren darf.

Das sind zwei soziale Arbeitsgebiete des Verbandes. Sonst hilft er dem Jugendrichter nach Kräften seelische und sittliche Schäden bei den Jugendlichen aufdecken, um dadurch den richtigen Standpunkt für die Beurteilung vorhandener Verwahrlosung zu gewinnen. Wo diese Verwahrlosung noch nicht soweit vorgeschritten ist, daß Fürsorgeerziehung in Anstalten vom Gericht verhängt werden muß, da bringt der Verband das Kind in eine geeignete Pflegestelle. Für die Jugendlichen nach der Schulzeit wird Jugendpflegearbeit geleistet.

Die tief einschneidenden Veränderungen in unserer Provinz haben den fast zwei Jahrzehnte bestehenden Verband in eine bedenkliche Lage gebracht. Er ist in Gefahr, seine Geschäftsstelle schließen zu müssen, weil sich ihm für die Zukunft eine Reihe bis zur Stunde sichere Hilfsquellen verschließen. Staat und Provinzialverband scheiden mit ihren Beihilfen aus, treue Gönner ziehen sich infolge der veränderten Verhältnisse zurück. Da gilt es, neue Freunde zu gewinnen. Schon ein mäßiger Jahresbeitrag kann helfen. Viel Wenig macht ein Viel. Es darf aber auch zuversichtlich gehofft werden, daß wirtschaftlich günstig dastehende Frauen und Männer Danzigs bei dieser Sachlage geneigt sein werden, Herzen und Hände zu öffnen, damit eine bewährte soziale Einrichtung bestehen bleibt. Jeder, der für soziale Not ein warmes Verständnis hat, wird um seine tatkräftige Unterstützung gebeten. Anmeldungen zum Beitritt und Geldspenden nimmt die Geschäftsstelle des Danziger Jugendfürsorgeverbandes, Holzmarkt 29, entgegen.

Schafft Arbeit für Kriegsbeschädigte!

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Durch Gesetz geregelt, ist es wenigstens so weit, daß eine bestimmte Anzahl Kriegsbeschädigter in jedem Großbetrieb beschäftigt werden muß. Trotzdem sieht man immer noch sehr viele unserer Kriegsinvaliden arbeitslos auf den Straßen umherirren.

Wer kann sich in den seelischen Zustand eines solchen Menschen hineinversetzen? Hunger — Krüppel — kalte Wohnung! — Habe ich dafür meine Knochen lassen müssen? fragt sich manch einer unserer Kriegsbeschädigten.

Unseren Kriegshinterbliebenen geht es ähnlich. Viele Kriegerwitwen mit ihren Kindern müssen hungern und frieren.

Dem Elend muß Einhalt geboten werden! Schafft Arbeit für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene. Man sieht sehr oft kerngesunde Menschen auf den leichtesten Posten in den Betrieben; andererseits aber wird von den gesetzlich zugeteilten Kriegsbeschädigten das Höchstmaß ihrer Leistungsfähigkeit verlangt. Es wäre z. B. möglich, in den Theatern und Kinos die Platzanweiser und Garderobenfrauen durch Kriegsbeschädigte, bzw. Kriegerwitwen zu ersetzen. In unserm Stadttheater sind Garderobenfrauen beschäftigt, deren Männer nichts vom Kriege gesehen haben. Der Mann hat gearbeitet und Geld verdient; dazu kam dann noch der Verdienst der Frau. Wie es möglich ist, daß bei einem so hohen Arbeitslosenprozentsatz so etwas vorkommen kann, begreife ich nicht. Hier muß zugegriffen werden. Anstelle dieser Garderobenfrauen müssen sofort Kriegsbeschädigte beziehungsweise Kriegerwitwen eingestellt werden. Die vornehmste Pflicht der Kriegsbeschädigtenorganisationen sollte es sein, auch hierfür zu sorgen. P. R.

Etwas vom Zwang.

Hindenburg hat einmal gesagt: „Ohne Zwang geht es nicht." Aber das bedeutet nicht, daß man jetzt überall das Wort „Zwang" vorsetzen muß. Das Wort Bethmann-Hollwegs von den „gottgewollten Abhängigkeiten" deutet darauf hin, daß es auch früher allgemein Zwang gab, aber es ist niemand eingefallen das fortgesetzt hervorzuheben. Das Wort „Zwang" scheint sich jetzt ungewöhnlicher Beliebtheit zu erfreuen. Statt öffentlicher Bewirtschaftung sagt man vielfach Zwangswirtschaft. Dabei ist der Zwang nicht das Wesentliche, sondern die Preisfestsetzung und die Verteilung. Der Zwang auf anderen Gebieten ist viel strenger, ohne das Wort Zwang anzuwenden. Man spricht nicht von Zwangspolizei, Zwangsstaatsanwaltschaft, Zwangsgericht, Zwangsgefängnis, nicht von Zwangsbehörde, von Zwangsschule, vom Zwangsmilitär, auch nicht von einem Zwangskrieg usw. Die Zwangserziehung hat man ausdrücklich in Fürsorgeerziehung umgewandelt. Auch der Handel unterstand immer Gesetzen, ohne von einem Zwangshandel zu sprechen. Das ganze Strafgesetzbuch, das Bürgerliche Gesetzbuch und alle anderen Gesetze bedeuten doch Zwang, ohne daß wir von einem staatlichen Zwangsleben gesprochen haben. Wenn man will, so bedeuten alle Gesetze nur den Niederschlag des Volkswillens in seiner Mehrheit und ein Zwang wird nur auf diejenigen ausgeübt, die sich diesem Volkswillen absichtlich widersetzen wollen. Die Gesetze sind also moralische Forderungen, deren Nichtbefolgung unter Strafe gestellt wird. Aehnlich liegt es mit der Zwangseinquartierung. Die Einquartierung ist ein ganz alter und geläufiger Begriff. Wir erhalten militärische Einquartierung, ohne dies als Zwangseinquartierung zu bezeichnen, im Gegensatz zu der militärischen Einquartierung hat man die bürgerliche Einquartierung in große Wohnungen als Zivileinquartierung bezeichnet und diese Bezeichnung erscheint auch treffender und entsprechender, als das Wort „Zwangseinquartierung". Das Wort Zwang unterstellt den gewaltsamen Widerstand und setzt damit den Begriff in der öffentlichen Meinung herab. Es erweckt den Anschein, als müßte das Gesetz bei jedem Bürger mit Gewalt zur Durchführung gebracht werden. Das ist aber unzutreffend. Das Volk widersetzt sich den Gesetzen im allgemeinen nicht, sondern führt sie aus. Die Widersetzung ist nur eine Ausnahme und dann muß der Zwang Anwendung finden. Diesen Ausnahmezustand darf man aber nicht als Bezeichnung für das Regelmäßige wählen. Also fort mit den Bezeichnungen Zwangswirtschaft und Zwangseinquartierung usw.

Von der Wanderung eines Treibriemens. Die Arbeiter Julius Kohl, Walter Budatsch und Georg Böhling, früher Heubude, jetzt wohnungslos, sind wegen vieler ihnen zur Last gelegten Diebstähle festgenommen. Sie sind geständig, im Dezember v. Js. aus den Rückfort-Sägewerken einen Treibriemen im Werte von 20 000 Mark gestohlen zu haben. Den Treibriemen haben sie zerschnitten und an einen Schuhmacher Berlikowski, Fleischergasse verkauft. Dieser hat den zerstückelten Treibriemen an den Kaufmann Theodor Kornath für 1558 Mk. verkauft und das Geld den Spitzbuben ausgehändigt. Für die Vermittlung will Berlikowski 200 Mark erhalten haben. Beide Hehler sind gleichfalls festgenommen. Kornath gibt an, daß ihm die Treibriemenlederstücke wiederum mittels Einbruchs gestohlen worden sind. Kohl, Budatsch und Böhling sind weiter geständig, in dem Zigarrengeschäft von Hohmann, Weißmönchenkirchengasse, eingebrochen zu sein und dort Zigarren, Zigaretten, Pfeifen und Spitzen gestohlen und im Bahnhofsautomaten an einen Händler aus Karthaus für 80 Mark verkauft zu haben. An diesem Diebstahl hat sich noch ein Franz Prinz aus Rheda beteiligt. Dieser ist bereits wegen eines anderen ihm zur Last gelegten Diebstahls am 24. d. Mts. festgenommen und dem Gericht überführt. Budatsch hat unter dem Namen Bartmann bei einer Frau Schacht, Poggenpfuhl, gewohnt und dieser aus Dankbarkeit dafür, daß sie ihm Unterkunft gewährte, Betten, Laken und mehrere Sachen gestohlen und an einen Unbekannten für insgesamt 150 Mark verkauft.

Aus dem Freistadtbezirk.

Kalthof. Am 27. d. Mts. sprach hier in öffentlicher Versammlung Genosse Warner über „Das Gebot der Stunde". Zurückgreifend auf die Anfänge des Sozialismus schilderte er die Kämpfe und die Errungenschaften bis zur heutigen Zeit, die der soziale Gedanke durchlebt hat. In der Diskussion ritt Genosse Sewe von der U. S. P. den unvermeidlichen Diktaturschimmel. Genosse Malkowski fertigte ihn treffend ab. In seinem Schlußwort forderte Genosse Warner zur Mitarbeit in den kommenden Kämpfen auf. Mehrere Neuaufnahmen in die Partei waren zu verzeichnen.

Aus dem deutschen Osten.

Ins Herz der Elbinger Arbeiter,

so überschreibt die „Elbinger Volksstimme" einen Aufruf, den sie anläßlich der Stillegung der Schichauwerke an leitender Stelle veröffentlicht. Um unseren Lesern einen Einblick in die tatsächlichen Vorgänge zu ermöglichen und um ein Bild von der Stimmung zu geben, die unter der Elbinger Arbeiterschaft herrscht, geben wir ihn ungekürzt wieder.

Die Firma Schichau hat ihre Arbeiter entlassen. Ihre Vorbereitungen hierzu nahm sie in vollständigster Heimlichkeit vor. Während des Sonntages ist nichts von der bevorstehenden Maßnahme in die Stadt gedrungen. Die Arbeiter kommen am Montag zur Arbeit. Sie finden die Betriebe geschlossen. Die Tore mit Stacheldraht abgesperrt und die Höfe durch stahlbehelmte Reichswehrtruppen besetzt. Sie erhalten die Mitteilung, die ganze Belegschaft sei entlassen. Die Firma Schichau hätte sämtliche Elbinger Werke stillgelegt wegen der außerordentlichen Arbeitsunlust der Elbinger Arbeiter.

5000 Arbeiter liegen auf der Straße. Bald vielleicht mehr. Denn die andern kleinen Scharfmacher werden tun, was ihr großer Meister Carlson ihnen vormachte. Was nun?

Es muß ausgesprochen werden: Herr Carlson hat schwere Schuld auf sich geladen und den sozialen Frieden in schlimmster Art geschädigt. Stellen wir die Tatsachen kurz noch einmal zusammen.

Seit Monaten hungert die Elbinger Arbeiterschaft. Die Ernährung ist auf einen Tiefstand gesunken, wie noch nie. Nicht einmal Kartoffeln erhalten wir in auch nur annähernd ausreichenden Mengen.

Trotzdem hat Elbing bisher keine Hungerkrawalle gesehen, denn die Arbeiterschaft ist ruhig.

Seit mehr als einem Vierteljahr stehen die Elbinger Schichauarbeiter in einer Lohnbewegung. Die Arbeiterschaft ist während der ganzen Zeit bemüht, die Differenzen ohne Streik auszugleichen. Sie erklärt sich zur Aufnahme der Akkordarbeit bereit. Sie nimmt den Schiedsspruch an, obgleich dieser der wahnsinnigen Teuerung nur in ungenügender Weise Rechnung trägt.

Die Arbeiterschaft bleibt ruhig und begeht keine Ausschreitungen.

Gegen den Willen des Elbinger Magistrats veranlaßt Herr Carlson die Belegung der Stadt mit Militär. Das mußte vonseiten der Arbeiterschaft als Provokation empfunden werden, denn während der ganzen Revolutionszeit ist in Elbing zu keiner Stunde Leben oder Eigentum gefährdet worden. Selbst der frühere hochkonservative Oberpräsident v. Jagow hat mehrfach erklärt, um die Ruhe in Elbing wäre ihm nicht bange.

Daß die Arbeiter die Reichswehr besonders gern sehen, kann natürlich nicht erwartet werden. Trotzdem bewahrten sie auch den Truppen gegenüber Ruhe.

Am letzten Abend des Jahres überrascht Herr Carlson Elbing mit einem seitengroßen Inserat. Er beschuldigt einen Teil der Arbeiter der Faulheit, alle, ohne Ausnahme, des Stehlens und droht mit dem Stillegen der Betriebe.

Auch dieser ungeheuerlichen Provokation gegenüber bewahren die Arbeiter Ruhe, obwohl sie in einem Augenblick geschieht — Neujahr — wo sie besonders leicht hätte Ausschreitungen nach sich ziehen können.

Nun die Wahrmachung der ungeheuerlichen Drohung in einer Form, die sehr leicht hätte Dutzende oder Hunderte von Menschenleben fordern können. Unter dem Belagerungszustand Entlassung und Entlassung in dieser Form, das ist nicht nur ein Schlag ins Gesicht, das ist ein Dolchstoß ins Herz der Arbeiter. Einer Arbeiterschaft, die den Reichtum der Familie Schichau geschaffen hat und nun so behandelt wird.

Auch trotz dieses beispiellosen Vorgehens ist bis zur Stunde, da diese Zeilen geschrieben werden, in Elbing alles ruhig geblieben.

Es muß weiter ruhig bleiben. Arbeiter meidet den Alkohol! Keinen Tropfen Schnaps, denn bei dem ewigen Hungerdasein umnebelt schon die kleinste Quantität das Denkvermögen. Und ihr braucht jetzt klare Köpfe besonders nötig. Belästigt die Soldaten nicht. Wir sind es nicht, die blutigen Bürgerkrieg wollen. Wer hier nicht Zurückhaltung übt, arbeitet Carlson in die Hände. Achtet auf die Jugendlichen! Sie sind nicht gewöhnt, über die Wirkungen einer Handlung nachzudenken und folgen nur zu leicht ihrem Impuls. Meidet die Straße! Benutzt die erzwungene Muße in eurer Häuslichkeit, verbrauchte Sachen instand zu setzen, oder holt euch aus den Bibliotheken Bücher. Unter keinen Umständen Straßenansammlungen oder Radau. Das gerade will Carlson.

Die Organisationsleitungen beraten und handeln. Sie werden eure Interessen in jeder Weise wahren. Es werden Schritte unternommen, um von der Regierung die Stellung der Elbinger Schichaubetriebe unter Staatssequester zu fordern. Elbings Arbeiterschaft hat den Konflikt nicht gewollt. Nun, da die Firma den Bruch vollzogen, muß er durchgeführt werden. Dazu gehört Vertrauen in die Organisation, kühles Blut und eiserne Entschlossenheit. Ihr werdet ihn siegreich enden, wenn euch alle der gleiche Wille zum Siege beseelt.

Die Mitgliederversammlung

des Sozialdemokratischen Vereins Danzig-Stadt, die heute abend um 6 Uhr im Schwurgerichtssaal, Neugarten, stattfindet, darf kein Genosse und keine Genossin versäumen, die es ernst nehmen um unsere Sache!

Tagesordnung

zur Stadtverordnetenversammlung am Dienstag, den 3. Februar 1920, nachmittags 4 Uhr.

A. Oeffentliche Sitzung. 1. Anträge von Stadtverordneten betr. a) der Schaffung eigener städtischer Lungenheilstätten, b) der städtischen Sicherheitswehr, c) Erhöhung der Teuerungszulagen für die städtischen Beamten, Lehrer und Angestellten. — 2. Eingaben a) der Berufsorganisation der Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen betr. Regelung ihrer Besoldung, b) der „Freien Turnerschaft Danzig" betreffend das hiesige Turnwesen. — 3. Eingabe des Vereins der Ruhestandsbeamten der Stadt Danzig betr. Beschaffungsbeihilfe und Erhöhung der Teuerungszulagen. — 4. Bewilligung einer Beihilfe an die Kriegsgefangenen-Heimkehrstelle hier für die zurückkehrenden Kriegsgefangenen.

B. Geheime Sitzung. 5. Beschlußfassung über eine Ehrung. — 6. Unterstützungen. — 7. Erhöhung von Teuerungsbeihilfen. — 8. Anstellung a) von Feuerwehrleuten, b) zweier städtischer Bauwarte. — 9. Bewilligung von drei Stellen und der Gehälter für Magistratsassessoren und Aeußerung über die in Aussicht genommenen Personen. — 10. Geländeverkäufe. — 11. Geländeverpachtungen. — 12. Anstellung eines Beamten der städtischen Sparkasse. — 13. Bewilligung von Mitteln zum Ankauf eines Privatschulgebäudes und für Instandsetzungsarbeiten.

Auflösung des Reichskommissariats. Das Mandat des beauftragten Reichskommissariats für Westpreußen und des Netzedistrikts erlischt infolge der veränderten politischen Lage am 31. Januar 1920. Die Abwickelung der Geschäfte erfolgt im Laufe des Monats Februar. Die Geschäftsräume befinden sich ab 1. Februar nicht mehr im Regierungsgebäude, sondern Mattenbuden 12, 1 Tr., Telephon 1400.

Abschiedstelegramm der Admiralität. Hier ist folgendes Telegramm eingelaufen:

„In der Stunde des Abschieds gedenkt auch die Marine in Trauer und Treue der alten deutschen Seestadt Danzig. Enge Beziehungen haben von je von dem Entstehen der jungen preußischen Marine an die Marine mit Danzig verknüpft. Als Arsenal und Werft, als Hafen und Garnison hat Danzig ihr stets freundschaftliche hilfreiche Aufnahme geboten. Mit Stolz ist der Name „Danzig" von ihren Schiffen geführt und in Krieg und Frieden hinausgetragen in die Welt. In unverbrüchlich treuem Gedächtnis wird der Name der alten stolzen deutschen Seestadt Danzig stets in der Marine leben. Der Chef der Admiralität: v. Trotha, Vizeadmiral."

Verein Arbeiter-Jugend. Sonntag, den 1. Februar, vormittags 10 Uhr: Besichtigung der Fischräucherei Miz und Bück. Treffpunkt 9¾ Uhr vor derselben. Abends im Heim Vorleseabend. Leiter Georg Krick.

Veranstaltungen.

Der Zentralverband der Angestellten begeht morgen im Café Derra sein Wintervergnügen. Das Programm ist äußerst reichhaltig und bietet u. a. das Alt-Berliner Singspiel „Das Fest der Handwerker". Danach findet großer Festball statt. Anfang 5½ Uhr.

Im Symphoniekonzert der Volkshochschule, das am Sonnabend abend in der Sporthalle unter Leitung von Kapellmeister B. W. Schwarz stattfindet, gelangt außer den Hiller-Variationen von Reger und der Ouvertüre von Mermbter auch eine Symphonie von Möllendorf zur ersten Aufführung in Danzig. Das Werk wurde unter anderem auch von dem philharmonischen Orchester in Berlin zur Aufführung gebracht.

Wilhelmtheater. Die Direktion hat sich veranlaßt gesehen, durch die großen Erfolge, die sie mit den Aufführungen der „Spanischen Fliege" gehabt hat, von den gleichen Autoren den äußerst lustigen Schwank „Die schwebende Jungfrau" anzukaufen. Das Stück wird am heutigen Tage hier am Wilhelmtheater zur Erstaufführung gelangen. Es weist genau wie in der „Spanischen Fliege" derartig urkomische Situationen auf, daß die Zuschauer buchstäblich nicht aus dem Lachen herauskommen.

Aus dem Magistrats-Presse-Büro.

Ausgabe der Brot-, Mehl- und Kartoffelkarten. Die Brot- und Mehlkarten werden diesmal gegen Abgabe der Hauptmarke Nr. 158 ausgegeben. Gleichzeitig werden gegen Abgabe des Stammes der Kartoffelkarte Nr. 35 die neuen Kartoffelkarten verausgabt. Die Haushaltungen müssen sich unverzüglich nach Empfang der Kartoffelkarten bei den Kartoffelhändlern anmelden. — Das Nähere ergibt die Bekanntmachung.

Abgabe von Lebensmitteln. In der heutigen Nummer unserer Zeitung werden wiederum die Lebensmittel bekanntgemacht, die am Sonnabend und im Laufe der nächsten Woche zur Ausgabe gelangen. In nächster Woche werden voraussichtlich auch Streichhölzer zur Verteilung kommen. Die nähere Bekanntmachung darüber wird noch folgen.

Petroleum. Wir verweisen auf die Bekanntmachung im heutigen Anzeigenteil betreffend den Aufruf von Petroleum. Wenn jetzt reichlicher Petroleum aufgerufen wird, als bisher, so will der Magistrat die Bevölkerung in die Lage setzen sich jetzt mit Petroleum einzudecken, denn es läßt sich bei den gegenwärtigen, unsicheren Wirtschaftsverhältnissen nicht übersehen, wie sich die Petroleumversorgung der städtischen Bevölkerung in Zukunft gestalten wird.

Polizeibericht vom 30. Januar 1920. Verhaftet: 3 Personen, darunter 2 wegen Diebstahls und 1 in Polizeihaft. — Gefunden: Invalidenkarte und Arbeitsbuch für Felix Uhlenberg, 1 Portemonnaie mit etwas Geld und Ausweis für Meta Tischhäuser, 1 buntkariertes wollenes Umhängetuch, 1 Kindergummischuh, 1 Türschlüssel, 1 Nickelpincenez mit grünlichen Gläsern im Etui, 1 silberne Damenuhr mit langer Kette, abzuholen aus dem Fundbureau des Polizeipräsidiums; 1 schwarze Ledertasche, enthaltend 1 Portemonnaie mit größerem Geldbetrag, Schere, Bleistift, Spiegel pp., abzuholen aus dem Geschäft von Freymann, Hauptkasse im 4. Stock; 1 Bibermuff, abzuholen aus dem Geschäft von Matriciani, Gr. Krämergasse 10; 1 goldenes Pincenez an einer schwarzen Schnur, abzuholen von Herrn Karl Salomon, Michaelsweg 51a. — Zugelaufen: 1 Hund mit Marke 176/19, abzuholen von Frl. Gertrud Fischer, Ferberweg 7b.

Wasserstandsnachrichten am 30. Januar 1920.

	gestern	heute		gestern	heute
Thorn	+3,70	+2,96	Pieckel	+5,52	+4,86
Fordon	+3,86	+3,12	Dirschau	+5,30	+4,78
Culm	+4,12	+3,44	Einlage	+3,36	+3,28
Graudenz	+4,36	+3,80	Schiewenhorst	+3,00	+2,98
Kurzebrack	+4,99	+4,39	Wolfsdorf	—0,18	—0,25
Montauerspitze	+5,25	+4,60	Anwachs	+0,83	+ —

Weichsel: Von Schillno bis zur Mündung Eistreiben in ganzer Strombreite.

Nogat: Eisdecke

Standesamt.

Todesfälle: S. d. Eisenbahn-Arbeiters Friedrich Pleger, 2½ Std. — Uhrmachermeister Willy Junker, 57 J. 4 M. — Kontoristin Selma Frankenstein, 18 J. 6 M. — T. d. Sergeanten Georg Behrendt, totgeb. — Kupferschmied Adolf Thiel, 35 J. 9 M. — Maurer Joseph Urowski, 53 J. 4 M. — Witwe Rosalie Hiller geb. Hiller, 76 J. — S. d. Schuhmachers Gustav Haase, 5 M. — Rentenempfängerin Marie Pusch, fast 88 J. — Rentier Franz Suckau, 67 J. 5 M. — Witwe Marie Schulz geb. Borschke, 73 J. 6 M. — S. d. Arbeiters Willy Wicht, 9 W. — Rentenempfänger Emil Grenz, 68 J. 4 M. — Unehelich: 1 Tochter.

Aus dem Freistadtbezirk.

Ohra. In der gestrigen Sitzung der Gemeindevertretung, unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Lind, wurden zunächst 5 Gemeindeschöffen gewählt und zwar die Gemeindeverordneten Rewold vom Bürgerverein, Turski vom Zentrum, Brill, Löschkowski und Temp von der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft. Darauf wurde beschlossen, in Ohra eine Tuberkuloseuntersuchungsanstalt einzurichten. — Zur Beschaffung von Wohnbaracken hat der Kreis aus dem Wohlfahrtsfonds einen Betrag von 20 000 Mark der Gemeinde zur Verfügung gestellt. Sollte die Gemeinde innerhalb 10 Jahren aus dem Kreise ausscheiden, so soll der Betrag rückzahlbar sein. Es wurde beschlossen, den Betrag anzunehmen. — Dem Verein für Armen- und Krankenpflege wurden 1000 Mark Beihilfe gewährt. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Schwestern des Vereins in der Wahlagitation Parteipolitik getrieben hätten. Dies müsse in Zukunft unterbleiben. Ferner müsse einem Mitgliede der Gemeindevertretung Einblick in die Kassenverhältnisse gestattet werden. Als dieses Mitglied wurde die Gemeindeverordnete Frau Laebel gewählt. — Um den Kriegsbeschädigten und deren Hinterbliebenen Brennholz zu gewähren, wurde beschlossen, ein Darlehn von 20 000 Mk. aufzunehmen. Es wurde gleichzeitig ein Ausschuß gewählt, der die Liste der in Betracht kommenden Personen durchsehen soll. — Die Beisitzer für das Mietseinigungsamt in Ohra wurden neu gewählt. Ebenso wurden neu gewählt 5 Mietervertreter und 5 Hausbesitzervertreter in den Ausschuß zur Bestimmung der Höchstpreise für Wohnungen. — Die Gemeinde Ohra zahlt wöchentlich 25 000 Mark Erwerbslosenunterstützung. Hiervon hat das Reich 10/12 übernommen. Von dem Rest übernahm der Kreis einen Teil. Der Reichszuschuß ist jetzt fortgefallen. Die Gemeinde könnte die Unterstützungen nicht bezahlen. Die Kreissparkasse ist bereit, einen laufenden Kredit zu gewähren. Es wurde beschlossen, ein schwebendes Darlehn in Höhe von 500 000 Mark aufzunehmen mit der Bedingung, daß die Gemeinde eine Rückzahlungspflicht nicht anerkenne. Die Rückzahlungspflicht und die Zinszahlungspflicht solle der Kreis übernehmen, wenn dies nicht die Freistaatregierung tut. Von der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft wurde betont, daß man die Erwerbslosenunterstützung so schnell wie möglich dadurch abzuschaffen wünsche, daß man für alle Arbeitslosen lohnende Arbeit zum vollen tarifmäßigen Lohne beschaffe. Durch Straßenbau, Wohnungsbau usw. könne diese Arbeit beschafft werden. Wenn keine Ziegel vorhanden sind, könne man mit Lehm und Holz bauen. — Der Kreis hat mitgeteilt, daß er die Arbeiterräte nur bis zum 31. Januar bezahlen werde. Man bedauere, daß die Arbeiterräte abgeschafft werden sollen, weil die Schleichhändler darauf bereits warten. Polizei und Gendarmen sollen angewiesen werden, auf den Schleichhandel ein umso wachsameres Auge zu haben. — Den Lehrern wurde eine Beschaffungsbeihilfe von 1000 Mark, den Lehrerinnen eine solche von 500 Mark bewilligt und zwar einstimmig.

Oliva. Gemeindevertreter-Versammlung. Nach der Einführung zweier Gemeindeverordneten wurde die Wahl der Armenkommission vorgenommen. Die Zahl der Bezirke ist auf 12 vermehrt worden. Es wurden zu Armenvorstehern gewählt für Bezirk 1 Herr Ficht, 2. Bezirk Herr Senkpiel, 3. Bezirk Fräulein v. Zelewski, 4. Bezirk Herr Raddatz, 5. Bezirk Herr Bernh. Hintzki, 6. Bezirk Gen. Rotta, 7. Bezirk Gen. Max Ostrowski, 8. Bezirk Frau Gensch, 9. Bezirk Herr Lietze, 10. Bezirk Gen. Ewert, 11. Bezirk Herr Hilger, 12. Bezirk Herr Kaminski. Die Schöffenwahl ergab folgendes Resultat: Vom Zentrum Rentier Max Erdmann, Baugewerksmeister Edmund Klawikowski; von den Deutschnationalen Rentier Adolf Olau und Dr. Herbert Kreuzburg; von den Demokraten Rentier Max Stumm und von den Sozialdemokraten Bureauangestellter Kuhn.

Angenommen wurde eine Aenderung der Erhebung eines Zuschlages zur Reichsgrunderwerbsteuer, wonach man den Zuschlag auf 4½ Prozent erhöhte, rückwirkend bis zum 1. Oktober 1919. Gemeindevertreter Justizrat Sellentin brach mutig für die Grundstücksspekulanten eine Lanze, deren Verdienst durch diesen Vorschlag vermindert würde. Seiner Meinung nach ist der diesbezügliche ministerielle Erlaß juristisch anfechtbar und bedeutet einen unbefugten Eingriff des Ministers in die Privatrechte des Grundbesitzes. Diese reichlich naive Auffassung konnte sich jedoch die Versammlung nicht zu eigen machen und nahm die Vorlage einstimmig an. Dem Antrag des Gemeindevorstandes, das 4 Morgen große Gemeindegelände östlich der Eisenbahn den Bewerbern Laschewski und Genossen für den Pachtzins von 20 Mark für den Morgen zu überlassen wurde zugestimmt.

Oliva. Arbeiterjugend. Sonnabend, 6 Uhr abends: Turnstunde in der Turnhalle. Zu derselben Zeit gibt Genosse Ewert im Versammlungszimmer der Turnhalle die erste Schach-Lehrstunde.

Verantwortlich für den politischen Teil Ernst Loops, für den unpolitischen Tagesteil und die Unterhaltungsbeilage Kurt Lehmann, für die Inserate Bruno Ewert, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag J. Gehl & Co., Danzig.

Amtliche Bekanntmachungen.

Abgabe von Lebensmitteln.

Am Sonnabend, den 31. Januar und im Laufe der nächsten Woche kommen folgende Lebensmittel zur Ausgabe:

1. Am Sonnabend, den 31. Januar:

Auf Reichsfleischkarte Abschnitt B: 125 Gramm frisches Rind- oder Hammelfleisch und Wurst (Kinderkarten die Hälfte).

Die Vororte Langfuhr, Oliva, Lauental, Neufahrwasser und Weichselmünde erhalten dagegen 125 Gramm frisches Schweinefleisch (Kinderkarten die Hälfte).

2. Von Montag, den 2. Februar:

Auf die Kartoffelkarte: Marke 1 der neuen Karte 3 Pfund Kartoffeln.

Auf die nichtgelieferten Kartoffelmarken der laufenden Woche werden 250 Gramm geschälte amerikanische Erbsen zum Preise von 2,40 Mark für das Pfund in den Kolonialwarenhandlungen, bei denen die Kundenanmeldung erfolgt ist ausgegeben.

3. Von Dienstag, den 3. Februar:

a) 250 Gramm Nudeln: Marke 13 der Danziger Lebensmittelkarte für Erwachsene und Marke 4 der Lebensmittelkarten für Erwachsene in den Nachbargemeinden.

b) 250 Gramm Grieß oder Kindergerstenmehl je nach Vorrat: Kinderkarte Marke 11 K in Danzig und Marke 15 in den Nachbargemeinden.

c) 1 H-Packung Süßstoff: Marken 26 und 12 K in Danzig und Marken 5 und 16 K in den Nachbargemeinden.

4. Von Mittwoch, den 4. Februar:

Auf die Speisefettkarten: 125 Gramm Inlandsmargarine zum Preise von 5,30 Mark für das Pfund auf die Marke 6.

Verfallene Marken der Speisefettkarte dürfen nicht beliefert werden.

Die Butterhändler erhalten die Bezugsscheine für Inlandsmargarine am Dienstag, den 3. Februar, in der Zeit von 8½ bis 12½ Uhr in der Molkereiabteilung.

5. Von Donnerstag, den 5. Februar:

Auf die Lebensmittelkarte: 500 Gramm Marmelade zum Preise von 1,50 Mark für Ausstichware, und 1,60 Mark für Dosenware: Marken 24 und 18 K in Danzig und Marken 6 und 17 K in den Nachbargemeinden.

Die Marmelade wird von der Zuckerraffinerie Neufahrwasser den Händlern innerhalb des Stadtbezirkes frei Haus angeliefert, falls es nicht schon geschehen ist. Die Händler aus Heubude und St. Albrecht und ländlichen Nachbargemeinden müssen sich jedoch die Marmelade am 3. und 4. Februar von S. Anker, Hopfengasse, abholen und ihre Marken ebendaselbst einreichen, während die Marken der anderen Händler nach wie vor bei ihren Grossisten abzuliefern sind.

Die für die Mühlenfabrikate eingenommenen Marken haben die Kolonialwarenhändler ihren Großhändlern einzureichen, die sie der Verteilungsstelle weiterzugeben haben. Die übrigen vereinnahmten Marken sind den zuständigen Verteilungsstellen unverzüglich einzureichen.

Danzig, den 29. Januar 1920. (296

Der Magistrat.

Ausgabe der Brot-, Mehl- und Kartoffelkarten.

1. Die Brot- und Mehlkarten werden diesmal gegen Abgabe der Hauptmarke Nr. 158 ausgegeben.

Gleichzeitig werden gegen Abgabe des Stammes der Kartoffelkarte Nr. 35 auch die neuen Kartoffelkarten verausgabt werden.

Auf die Stämme der Kartoffelkarten, die den Aufdruck „ungültig, oder „S" tragen, oder auf etwa noch in den Händen der Verbraucher befindliche Ersatzkartoffelkarten, dürfen Kartoffelkarten nicht ausgehändigt werden.

2. Die Kartoffelhändler haben die Anmeldeabschnitte der Kartoffelkarten bei der Kundenanmeldung abzutrennen, mit ihrem Firmenstempel zu versehen, und abgezählt und gebündelt der städt. [illegible] einzureichen.

3. Die vereinnahmten Hauptmarken Nr. 158 sowie die Stämme der Kartoffelkarten Nr. 35 haben die Bäcker, Brot- und Mehlhändler in der Zeit von Donnerstag, den 5. bis Sonnabend, den 7. Februar der Nahrungskartenstelle [illegible] Werdergebäude, 1 Treppe [illegible]

(295

Wegen der noch immer äußerst schwachen Zufuhr an Brennstoffen jeglicher Art sind wir nicht in der Lage, den Haushaltungen größere Mengen an Brennstoffen zuzuweisen. Es wird deshalb noch eine weitere Marke und zwar Nr. 2 der Brennstoffkarte A, B und C, soweit es die Vorräte der Händler gestatten, zur Belieferung durch den Kohlenhandel aufgerufen.

Danzig, den 29. Januar 1920. (29[illegible]

Der Magistrat.

Petroleumausgabe.

Zum Handel mit Petroleum werden erneut zugelassen:

Albert Meier, Hühnerberg Nr. 14.
Julius Beslack, Hohe Seigen Nr. 27.
Anna Radtke, Danzig-Schidlitz, Oberstraße Nr. 35.
J. Luran, Danzig-Neufahrwasser, Saspe Straße Nr. 26.
Franz Hop[illegible], Danzig-Langfuhr, Mirchauer Weg Nr. [illegible]
[illegible], Danzig-Langfuhr, [illegible] Allee Nr. 29.
Richard Hoch, Danzig-Langfuhr, [illegible] Weg Nr. 10 a.

Ummeldungen der Petroleumkunden von den früheren zu einem anderen Petroleumhändler sind nur durch Vermittelung des Brennstoffamtes zulässig.

Neuaufruf von Petroleummarken.

Im Anschluß an unsere Bekanntmachung vom 12. d. Mts. werden folgende Petroleummarken zur Belieferung aufgerufen:

Marke 6 der Petroleumkarte A zur Belieferung von 2 Litern.
„ 6 „ „ B „ „ 1 „
„ 6 „ „ C „ „ 1 „

Die bereits aufgerufenen und noch nicht belieferten Marken sind in erster Linie, die Petroleumaufnahmemarken sind stets von jedem Händler zu beliefern. Händler, deren Petroleumbestand aufgebraucht ist, erhalten in den nächsten Tagen neue Zufuhren. Die Stämme der nun abgelaufenen C-Karten werden beim nächsten Petroleumaufruf umgetauscht.

Danzig, den 28. Januar 1920. (297

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Infolge Kohlenmangels wird der Betrieb der Dampffähre Schiewenhorst vom 31. Januar dieses Jahres ab bis auf weiteres eingestellt.

Dirschau, den 29. Januar 1920.

Wasserbauamt.

Lokales.

Der kleine Eigenbau als Helfer in der Wohnungsnot.

Es ist eine schon oft betonte, aber immer noch keineswegs genügend beachtete Tatsache, daß gegenüber der ungeheuren Wohnungsnot jetzt der Eigenbau der Minderbemittelten eines der allerbesten Hilfsmittel ist. In den breiten Schichten unseres Volkes steckt eine ganz außerordentliche Sehnsucht nach einer eigenen Scholle, jetzt noch verschärft durch die trüben Erfahrungen der Lebensmittelversorgung und der Wohnungsnot. Zahllose Familien sind aber bereit und auf Grund der guten Verdienste der vergangenen Jahre auch in der Lage, wenn es sich nur um kleine Eigenhäuser für sie selber handelt, auch mit wesentlich geringeren öffentlichen Beihilfen zu bauen, als im allgemeinen erforderlich sind, um die jetzige Bauteuerung zu überwinden. Ebenso sind sie bereit, durch eigene Mitarbeit und ständige persönliche Mitwirkung das schnelle und billige Zustandekommen der Bauten wirksam zu fördern. Hier liegen also auch unter den jetzigen bedrängten Verhältnissen erhebliche Möglichkeiten des Bauens vor. Diese Gedanken finden jetzt eine erneute wertvolle praktische Bestätigung durch die Erfahrungen, die in der jetzt abgelaufenen Bauperiode des Jahres 1919 in dem nördlichen Vorortkreise von Berlin, im Kreise Niederbarnim, gemacht worden sind. Es liegt hierüber in der Zeitschrift „Die Volkswohnung" (Verlag Wilhelm Ernst u. Sohn, Berlin) ein interessanter Bericht vor. Im Kreise Niederbarnim ist um die Förderung der Bautätigkeit möglichst beweglich und wirksam zu gestalten, schon im November 1918 eine besondere Siedlungsgesellschaft vom Kreise aus ins Leben gerufen worden, deren leitender Architekt zugleich die Bauberatung des Kreises ausübt. Mit Hilfe dieser Siedlungsgesellschaft ist es gelungen, in der eben abgelaufenen Bauperiode eine, an den jetzigen Verhältnissen gemessen, recht bedeutende Bautätigkeit zu erzielen. Es ist aber besonders bemerkenswert, daß über die Hälfte der hergestellten Wohnungen nicht auf größere Bauunternehmungen entfällt, sondern auf die Kleinbauten einzelner Baulustiger, die ebenfalls planmäßig gefördert wurden. Ja, von den 1919 endgültig beziehbar fertig gewordenen Wohnungen fällt sogar die ganz überwiegende Hauptmasse auf diese Einzelbauten — ein deutliches Zeichen dafür, welche Erfolge der Eifer des einzelnen kleinen Bauenden für sein eigenes Unterkommen zu erzielen vermag. Dabei ist — und das ist eigentlich das Allerbemerkenswerteste — bei diesen kleinen Eigenbauten darauf verzichtet worden, Bauzuschüsse in der Höhe der vollen Ueberteuerung zu geben, es wurde vielmehr nur eine allerdings beträchtliche Zuschußprämie gewährt. Auf diese Weise ist es gelungen, in solchen kleinen Einzelbauten 583 Wohnungen mit rund vier und einer halben Million Mark Zuschuß zu errichten. Die Findigkeit, der Eifer und die Arbeitslust dieser kleinen Bauherrn erwiesen sich auch hier als ungemein fördersich und erleichterten auch die Beschaffung von Baumaterialien. Allerdings wurde im Interesse dieser Beschaffung von Baumaterialien die Bauweise auch den örtlichen Verhältnissen angepaßt.

Von Interesse sind auch einige Einzelheiten. Auch in Niederbarnim wieder wurde die Beobachtung gemacht, daß bei den Bauenden sehr stark der Wunsch herrschte, mehr als eine Wohnung in dem einzelnen Hause anzulegen, namentlich, um noch Verwandte mit unterbringen zu können. Ferner ist wichtig, daß wohl das ganze Werk weitaus nicht so gelungen wäre, wenn nicht eine ständige Beratung und Beeinflussung der einzelnen Bauherrn durch den Leiter der Siedlungsgesellschaft und Bauberatungsstelle stattgefunden hätte. Die Gewährung finanzieller Zuschüsse wurde dabei davon abhängig gemacht, daß sich der Bauende bei Ausarbeitung und Durchführung seines Bauvorhabens den Vorschriften der Bauberatungsstelle unterwirft.

Die Ausführungen des oben erwähnten Aufsatzes weisen am Schlusse mit Recht darauf hin, daß die Förderung der Einzelbauten auch ein vorzügliches Mittel sei, um die für die Landwirtschaft so dringend notwendigen Arbeitskräfte auf das platte Land zu ziehen. Es fänden auf dem Lande Parzellierungen und Landverkäufe in außerordentlich großem der Beaufsichtigung kaum unterworfenen Umfange statt. Für die landhungrigen neuen Besitzer, meist Arbeiter, die etwas erspart hätten könne zunächst das System des sogenannten Kernbaues genügen, wonach fürs erste nur eine halbe Stube und eine kleine Küche geschaffen würden, die später, wenn es zum Bau eines eigentlichen Wohnhauses komme, als Stall und Waschküche Verwendung finden könnten.

Man wird in der kommenden Bauperiode diese Niederbarnimer Erfahrungen ernstlich beachten und die Kraft des kleinen, nach einem Eigenheim trachtenden Mannes noch weit mehr als bisher für die Bekämpfung der gegenwärtigen Wohnungsnot einspannen müssen. Um diese Kraft richtig nutzbar zu machen bedarf es aber weitgehender Befreiung von allen irgendwie entbehrlichen öffentlich-rechtlichen Hemmnissen und Verteuerungen solcher Bautätigkeit, sowie ferner, wie nach den Niederbarnimer Erfahrungen anzunehmen ist, der ständigen beratenden Hilfe eines erfahrenen Architekten, und — unter den gegenwärtigen Umständen — natürlich auch der Gewährung gewisser finanzieller Zuschüsse.

Gefährdete soziale Arbeit.

Der Danziger Jugendfürsorge-Verband schreibt: Es ist in unserer Gegenwart ein großes Verständnis für soziale Fragen vorhanden. Dieses Verständnis ist in den letzten drei Jahrzehnten allmählich aufgegangen und zu einem gewaltigen Bau emporgewachsen. Es hat durch die Umwälzung der politischen Verhältnisse eine praktische Nutzanwendung in bestimmter Richtung erfahren. Das Denken weiter Kreise wird heute von dem Worte „Sozialisierung" beherrscht. Es wäre gewiß eine höchst verdienstvolle Sache, die soziale Arbeit selbst zu sozialisieren, sie also auf die breiten Schultern der Allgemeinheit zu legen und damit gleichzeitig jedem, der in körperliche und seelische Not gerät, das Recht zu geben, von dieser Allgemeinheit Hilfe für sich zu fordern. Jedoch bis zu der Sozialisierung der sozialen Arbeit ist noch ein weiter Weg. Die Allgemeinheit wird auf die private Mithilfe hilfsbereiter Menschen vorläufig noch angewiesen bleiben. Menschliche Not bricht über den Einzelnen herein, ehe er es ahnt. Hilfe muß gebracht werden, auf der Stelle. Es kann nicht so lange gewartet werden, bis die Maschine der Verwaltung ihren Lauf beendet hat. Ein Vater ist z. B. von seinen Kindern fort, in den Krieg gezogen. Die Mutter ist schon früher im Tode dahingegangen. Die sorgende Frage: Wo bleiben die Kinder? hat hier in Danzig das „Kinderheim des Danziger Jugendfürsorgeverbandes" oftmals geäßt. — Schon längere Zeit beobachten Eltern den körperlichen Rückgang ihres Kindes. Die Tuberkulosefürsorgestelle bescheinigt ihnen, daß, um schlimmeres zu verhüten, für ihr Kind eine durchgreifende Sommererholung dringend notwendig sei. Da öffnet sich die Walderholungsstätte des Danziger Jugendfürsorgeverbandes und pflegt das Kind Wochen hindurch, bis es, an Leib und Seele gestärkt, zum gewöhnlichen Leben wieder zurückkehren darf.

Das sind zwei soziale Arbeitsgebiete des Verbandes. Sonst hilft er dem Jugendrichter nach Kräften seelische und sittliche Schäden bei den Jugendlichen aufdecken, um dadurch den richtigen Standpunkt für die Beurteilung vorhandener Verwahrlosung zu gewinnen. Wo diese Verwahrlosung noch nicht soweit vorgeschritten ist, daß Fürsorgeerziehung in Anstalten vom Gericht verhängt werden muß, da bringt der Verband das Kind in eine geeignete Pflegestelle. Für die Jugendlichen nach der Schulzeit wird Jugendpflegearbeit geleistet.

Die tief einschneidenden Veränderungen in unserer Provinz haben den fast zwei Jahrzehnte bestehenden Verband in eine bedenkliche Lage gebracht. Er ist in Gefahr, seine Geschäftsstelle schließen zu müssen, weil sich ihm für die Zukunft eine Reihe bis zur Stunde sichere Hilfsquellen verschließen. Staat und Provinzialverband scheiden mit ihren Beihilfen aus, treue Gönner ziehen sich infolge der veränderten Verhältnisse zurück. Da gilt es, neue Freunde zu gewinnen. Schon ein mäßiger Jahresbeitrag kann helfen. Viel Wenig macht ein Viel. Es darf aber auch zuversichtlich gehofft werden, daß wirtschaftlich günstig dastehende Frauen und Männer Danzigs bei dieser Sachlage geneigt sein werden, Herzen und Hände zu öffnen, damit eine bewährte soziale Einrichtung bestehen bleibt. Jeder, der für soziale Not ein warmes Verständnis hat, wird um seine tatkräftige Unterstützung gebeten. Anmeldungen zum Beitritt und Geldspenden nimmt die Geschäftsstelle des Danziger Jugendfürsorgeverbandes, Holzmarkt 29, entgegen.

Schafft Arbeit für Kriegsbeschädigte!

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Durch Gesetz geregelt, ist es wenigstens so weit, daß eine bestimmte Anzahl Kriegsbeschädigter in jedem Großbetrieb beschäftigt werden muß. Trotzdem sieht man immer noch sehr viele unserer Kriegsinvaliden arbeitslos auf den Straßen umherirren.

Wer kann sich in den seelischen Zustand eines solchen Menschen hineinversetzen? Hunger — Krüppel — kalte Wohnung! — Habe ich dafür meine Knochen lassen müssen? fragt sich manch einer unserer Kriegsbeschädigten.

Unseren Kriegshinterbliebenen geht es ähnlich. Viele Kriegerwitwen mit ihren Kindern müssen hungern und frieren.

Dem Elend muß Einhalt geboten werden! Schafft Arbeit für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene. Man sieht sehr oft kerngesunde Menschen auf den leichtesten Posten in den Betrieben; andererseits aber wird von den gesetzlich zugeteilten Kriegsbeschädigten das Höchstmaß ihrer Leistungsfähigkeit verlangt. Es wäre z. B. möglich, in den Theatern und Kinos die Platzanweiser und Garderobenfrauen durch Kriegsbeschädigte, bezw. Kriegerwitwen zu ersetzen. In unserm Stadttheater sind Garderobenfrauen beschäftigt, deren Männer nichts vom Kriege gesehen haben. Der Mann hat gearbeitet und Geld verdient; dazu kam dann noch der Verdienst der Frau. Wie es möglich ist, daß bei einem so hohen Arbeitslosenprozentsatz so etwas vorkommen kann, begreife ich nicht. Hier muß zugegriffen werden. Anstelle dieser Garderobenfrauen müssen sofort Kriegsbeschädigte beziehungsweise Kriegerwitwen eingestellt werden. Die vornehmste Pflicht der Kriegsbeschädigtenorganisationen sollte es sein, auch hierfür zu sorgen.

P. N.

Etwas vom Zwang.

Hindenburg hat einmal gesagt: „Ohne Zwang geht es nicht." Aber das bedeutet nicht, daß man jetzt überall das Wort „Zwang" vorsetzen muß. Das Wort Bethmann-Hollweg von den „gottgewollten Abhängigkeiten" deutet darauf hin, daß es auch früher allgemein Zwang gab, aber es ist niemand eingefallen das fortgesetzt hervorzuheben. Das Wort „Zwang" scheint sich jetzt ungewöhnlicher Beliebtheit zu erfreuen. Statt öffentlicher Bewirtschaftung sagt man vielfach Zwangswirtschaft. Dabei ist der Zwang nicht das Wesentliche, sondern die Preisfestsetzung und die Verteilung. Der Zwang auf anderen Gebieten ist viel strenger, ohne das Wort Zwang anzuwenden. Man spricht nicht von Zwangspolizei, Zwangsstaatsanwaltschaft, Zwangsgericht, Zwangsgefängnis, nicht von Zwangsbehörde, von Zwangsschule, von Zwangsmilitär, auch nicht von einem Zwangskrieg usw. Die Zwangserziehung hat man ausdrücklich in Fürsorgeerziehung umgewendet. Auch der Handel unterstand immer Gesetzen, ohne von einem Zwangshandel zu sprechen. Das ganze Strafgesetzbuch, das Bürgerliche Gesetzbuch und alle anderen Gesetze bedeuten doch Zwang, ohne daß wir von einem staatlichen Zwangsleben gesprochen haben. Wenn man will, so bedeuten alle Gesetze nur den Niederschlag des Volkswillens in seiner Mehrheit und ein Zwang wird nur auf diejenigen ausgeübt, die sich diesem Volkswillen absichtlich widersetzen wollen. Die Gesetze sind also moralische Forderungen, deren Nichtbefolgung unter Strafe gestellt wird. Aehnlich liegt es mit der Zwangseinquartierung. Die Einquartierung ist ein ganz alter und geläufiger Begriff. Wir erhalten militärische Einquartierung, ohne dies als Zwangseinquartierung zu bezeichnen, im Gegensatz zu der militärischen Einquartierung hat man die bürgerliche Einquartierung in große Wohnungen als Zivileinquartierung bezeichnet und diese Bezeichnung erscheint auch treffender und entsprechender, als das Wort „Zwangseinquartierung". Das Wort Zwang unterstellt den gewaltsamen Widerstand und setzt damit den Begriff in der öffentlichen Meinung herab. Es erweckt den Anschein, als müßte das Gesetz bei jedem Bürger mit Gewalt zur Durchführung gebracht werden. Das ist aber unzutreffend. Das Volk widersetzt sich den Gesetzen im allgemeinen nicht, sondern führt sie aus. Die Widersetzung ist nur eine Ausnahme und dann muß der Zwang Anwendung finden. Diesen Ausnahmezustand darf man aber nicht als Bezeichnung für das Regelmäßige wählen. Also fort mit den Bezeichnungen Zwangswirtschaft und Zwangseinquartierung usw.

Von der Wanderung eines Treibriemens. Die Arbeiter Julius Kohl, Walter Budatsch und Georg Böhling, früher Heubude, jetzt wohnungslos, sind wegen vieler ihnen zur Last gelegten Diebstähle festgenommen. Sie sind geständig, im Dezember v. Js. aus den Rückforter-Sägewerken einen Treibriemen im Werte von 20 000 Mark gestohlen zu haben. Den Treibriemen haben sie zerschnitten und an einen Schuhmacher Barkowski, Fleischergasse verkauft. Dieser hat den zerstückelten Treibriemen an den Kaufmann Theodor Kornath für 1550 Mk. verkauft und das Geld den Spitzbuben ausgehändigt. Für die Vermittlung will Barkowski 200 Mark erhalten haben. Beide Hehler sind gleichfalls festgenommen. Kornath gibt an, daß ihm die Treibriemenlederstücke wiederum mittels Einbruchs gestohlen worden sind. Kohl, Budatsch und Böhling sind weiter geständig, in dem Zigarrengeschäft von Hohmann, Weißmönchenkirchengasse, eingebrochen zu sein und dort Zigarren, Zigaretten, Pfeifen und Spitzen gestohlen und im Bahnhofsautomaten an einen Händler aus Karthaus für 80 Mark verkauft zu haben. An diesem Diebstahl hat sich noch ein Franz Prinz aus Rheda beteiligt. Dieser ist bereits wegen eines anderen ihm zur Last gelegten Diebstahls am 24. d. Mts. festgenommen und dem Gericht überführt. Budatsch hat unter dem Namen Bartmann bei einer Frau Sänger, Poggenpfuhl, gewohnt und dieser aus Dankbarkeit dafür, daß sie ihm Unterkunft gewährte, Betten, Laken und mehrere Sachen gestohlen und an einen Unbekannten für insgesamt 150 Mark verkauft.

Aus dem Freistadtbezirk.

Kalthof. Am 27. d. Mts. sprach hier in öffentlicher Versammlung Genosse Warner über „Das Gebot der Stunde". Zurückgreifend auf die Anfänge des Sozialismus schilderte er die Kämpfe und die Errungenschaften bis zur heutigen Zeit, die der soziale Gedanke durchlebt hat. In der Diskussion ritt Genosse Sewe von der U. S. P. den unvermeidlichen Diktaturschimmel. Genosse Malkowski fertigte ihn treffend ab. In seinem Schlußwort forderte Genosse Warner zur Mitarbeit in den kommenden Kämpfen auf. Mehrere Neuaufnahmen in die Partei waren zu verzeichnen.

Aus dem deutschen Osten.

Ins Herz der Elbinger Arbeiter,

so überschreibt die „Elbinger Volksstimme" einen Aufruf, den sie anläßlich der Stillegung der Schichauwerke an leitender Stelle veröffentlicht. Um unseren Lesern einen Einblick in die tatsächlichen Vorgänge zu ermöglichen und um ein Bild von der Stimmung zu geben, die unter der Elbinger Arbeiterschaft herrscht, geben wir ihn ungekürzt wieder.

Die Firma Schichau hat ihre Arbeiter entlassen. Ihre Vorbereitungen hierzu nahm sie in vollständigster Heimlichkeit vor. Während des Sonntages ist nichts von der bevorstehenden Maßnahme in die Stadt gedrungen. Die Arbeiter kommen am Montag zur Arbeit. Sie finden die Betriebe geschlossen. Die Tore mit Stacheldraht abgesperrt und die Höfe durch stahlbehelmte Reichswehrtruppen besetzt. Sie erhalten die Mitteilung, die ganze Belegschaft sei entlassen. Die Firma Schichau hätte sämtliche Elbinger Werke stillgelegt wegen der außerordentlichen Arbeitsunlust der Elbinger Arbeiter.

5000 Arbeiter liegen auf der Straße. Bald vielleicht mehr. Denn die andern kleinen Scharfmacher werden tun, was ihr großer Meister Carlson ihnen vormachte. Was nun?

Es muß ausgesprochen werden: Herr Carlson hat schwere Schuld auf sich geladen und den sozialen Frieden in schlimmster Art geschädigt. Stellen wir die Tatsachen kurz noch einmal zusammen.

Seit Monaten hungert die Elbinger Arbeiterschaft. Die Ernährung ist auf einen Tiefstand gesunken, wie noch nie. Nicht einmal Kartoffeln erhalten wir in auch nur annähernd ausreichenden Mengen.

Trotzdem hat Elbing bisher keine Hungerkrawalle gesehen, denn die Arbeiterschaft ist ruhig.

Seit mehr als einem Vierteljahr stehen die Elbinger Schichauarbeiter in einer Lohnbewegung. Die Arbeiterschaft ist während der ganzen Zeit bemüht, die Differenzen ohne Streik auszugleichen. Sie erklärt sich zur Aufnahme der Akkordarbeit bereit. Sie nimmt den Schiedsspruch an, obgleich dieser der wahnsinnigen Teuerung nur in ungenügender Weise Rechnung trägt.

Die Arbeiterschaft bleibt ruhig und begeht keine Ausschreitungen.

Gegen den Willen des Elbinger Magistrats veranlaßt Herr Carlson die Belegung der Stadt mit Militär. Das mußte vonseiten der Arbeiterschaft als Provokation empfunden werden, denn während der ganzen Revolutionszeit ist in Elbing zu keiner Stunde Leben oder Eigentum gefährdet worden. Selbst der frühere hochkonservative Oberpräsident v. Jagow hat mehrfach erklärt, um die Ruhe in Elbing wäre ihm nicht bange.

Daß die Arbeiter die Reichswehr besonders gern sehen, kann natürlich nicht erwartet werden. Trotzdem bewahrten sie auch den Truppen gegenüber Ruhe.

Am letzten Abend des Jahres überrascht Herr Carlson Elbing mit einem seitengroßen Inserat. Er beschuldigt einen Teil der Arbeiter der Faulheit, alle, ohne Ausnahme, des Stehlens und droht mit dem Stillegen der Betriebe.

Auch dieser ungeheuerlichen Provokation gegenüber bewahren die Arbeiter Ruhe, obwohl sie in einem Augenblick geschieht — Neujahr — wo sie besonders leicht hätte Ausschreitungen nach sich ziehen können.

Nun die Wahrmachung der ungeheuerlichen Drohung in einer Form, die sehr leicht hätte Dutzende oder Hunderte von Menschenleben fordern können. Unter dem Belagerungszustand Entlassung und Entlassung in dieser Form, das ist nicht nur ein Schlag ins Gesicht, das ist ein Dolchstoß ins Herz der Arbeiter. Einer Arbeiterschaft, die den Reichtum der Familie Schichau geschaffen hat und nun so behandelt wird.

Auch trotz dieses beispiellosen Vorgehens ist bis zur Stunde, da diese Zeilen geschrieben werden, in Elbing alles ruhig geblieben.

Es muß weiter ruhig bleiben. **Arbeiter meidet den Alkohol!** Keinen Tropfen Schnaps, denn bei dem ewigen Hungerdasein umnebelt schon die kleinste Quantität das Denkvermögen. Und ihr braucht jetzt klare Köpfe besonders nötig. **Belästigt die Soldaten nicht.** Wir sind es nicht, die blutigen Bürgerkrieg wollen. Wer hier nicht Zurückhaltung übt, arbeitet Carlson in die Hände. **Achtet auf die Jugendlichen!** Sie sind nicht gewöhnt, über die Wirkungen einer Handlung nachzudenken und folgen nur zu leicht ihrem Impuls. **Meidet die Straße!** Benutzt die erzwungene Muße in eurer Häuslichkeit, verbrauchte Sachen instand zu setzen, oder holt euch aus den Bibliotheken Bücher. **Unter keinen Umständen Straßenansammlungen oder Radau.** Das gerade will Carlson.

Die Organisationsleitungen beraten und handeln. Sie werden eure Interessen in jeder Weise wahren. Es werden Schritte unternommen, um von der Regierung die **Stellung der Elbinger Schichaubetriebe unter Staatssequester zu fordern.** Elbings Arbeiterschaft hat den Konflikt nicht gewollt. Nun, da die Firma den Bruch vollzogen, muß er durchgeführt werden. Dazu gehört Vertrauen in die Organisation, kühles Blut und eiserne Entschlossenheit. **Ihr werdet ihn siegreich enden, wenn euch alle der gleiche Wille zum Siege beseelt.**

Die Mitgliederversammlung

des Sozialdemokratischen Vereins Danzig-Stadt, die heute abend um 6 Uhr im Schwurgerichtssaal, Neugarten, stattfindet, darf kein Genosse und keine Genossin versäumen, die es ernst nehmen um unsere Sache!

Tagesordnung

zur Stadtverordnetenversammlung am Dienstag, den 3. Februar 1920, nachmittags 4 Uhr.

A. **Oeffentliche Sitzung.** 1. Anträge von Stadtverordneten betr. a) der Schaffung eigener städtischer Lungenheilstätten, b) der städtischen Sicherheitswehr, c) Erhöhung der Teuerungszulagen für die städtischen Beamten, Lehrer und Angestellten. — 2. Eingaben a) der Berufsorganisation der Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen betr. Regelung ihrer Besoldung, b) der „Freien Turnerschaft Danzig“ betreffend das hiesige Turnwesen. — 3. Eingabe des Vereins der Ruhestandsbeamten der Stadt Danzig betr. Beschaffungsbeihilfe und Erhöhung der Teuerungszulagen. — 4. Bewilligung einer Beihilfe an die Kriegsgefangenen-Heimkehrstelle hier für die zurückkehrenden Kriegsgefangenen.

B. **Geheime Sitzung.** 5. Beschlußfassung über eine Ehrung. — 6. Unterstützungen. — 7. Erhöhung von Teuerungsbeihilfen. — 8. Anstellung a) von Feuerwehrleuten, b) zweier städtischer Bauwarte. — 9. Bewilligung von drei Stellen und der Gehälter für Magistratsassessoren und Aeußerung über die in Aussicht genommenen Personen. — 10. Geländeverkäufe. — 11. Geländeverpachtungen. — 12. Anstellung eines Beamten der städtischen Sparkasse. — 13. Bewilligung von Mitteln zum Ankauf eines Privat-Schulgebäudes und für Instandsetzungsarbeiten.

Auflösung des Reichskommissariats. Das Mandat des beauftragten Reichskommissariats für Westpreußen und des Netzedistrikts erlischt infolge der veränderten politischen Lage am 31. Januar 1920. Die Abwickelung der Geschäfte erfolgt im Laufe des Monats Februar. Die Geschäftsräume befinden sich ab 1. Februar nicht mehr im Regierungsgebäude, sondern Mattenbuden 12, 1 Tr., Telephon 1400.

Abschiedstelegramm der Admiralität. Hier ist folgendes Telegramm eingelaufen:

„In der Stunde des Abschieds gedenkt auch die Marine in Trauer und Treue der alten deutschen Seestadt Danzig. Enge Beziehungen haben von je von dem Entstehen der jungen preußischen Marine an die Marine mit Danzig verknüpft. Als Arsenal und Werft, als Hafen und Garnison hat Danzig ihr stets freundschaftliche hilfreiche Aufnahme geboten. Mit Stolz ist der Name „Danzig“ von ihren Schiffen geführt und in Krieg und Frieden hinausgetragen in die Welt. In unverbrüchlich treuem Gedächtnis wird der Name der alten stolzen deutschen Seestadt Danzig stets in der Marine leben. Der Chef der Admiralität: v. Trotha, Vizeadmiral.“

Verein Arbeiter-Jugend, Sonntag, den 1. Februar, vormittags 10 Uhr: Besichtigung der Fischräucherei Mix und Lück. Treffpunkt 9¾ Uhr vor derselben. Abends im Heim Vorleseabend. Leiter Georg **Krick**.

Veranstaltungen.

Der Zentralverband der Angestellten begeht morgen im Café Derra sein **Wintervergnügen**. Das Programm ist äußerst reichhaltig und bietet u. a. das Alt-Berliner Singspiel „Das Fest der Handwerker“. Danach findet großer Festball statt. Anfang 5½ Uhr.

Im Symphoniekonzert der Volkshochschule, das am Sonnabend abend in der Sporthalle unter Leitung von Kapellmeister B. W. Schwarz stattfindet, gelangt außer den Hiller-Variationen von Reger und der Ouvertüre von Wermbter auch eine Symphonie von **Möllendorf** zur ersten Aufführung in Danzig. Das Werk wurde unter anderem auch von dem philharmonischen Orchester in Berlin zur Aufführung gebracht.

Wilhelmtheater. Die Direktion hat sich veranlaßt gesehen, durch die großen Erfolge, die sie mit den Aufführungen der „Spanischen Fliege“ gehabt hat, von den gleichen Autoren den äußerst lustigen Schwank „Die schwebende Jungfrau“ anzukaufen. Das Stück wird am heutigen Tage hier am Wilhelmtheater zur Erstaufführung gelangen. Es weist genau wie in der „Spanischen Fliege“ derartig urkomische Situationen auf, daß die Zuschauer buchstäblich nicht aus dem Lachen herauskommen.

Aus dem Magistrats-Presse-Büro.

Ausgabe der Brot-, Mehl- und Kartoffelkarten. Die Brot- und Mehlkarten werden diesmal gegen Abgabe der Hauptmarke Nr. 158 ausgegeben. Gleichzeitig werden gegen Abgabe des Stammes der Kartoffelkarte Nr. 35 die neuen Kartoffelkarten verausgabt. Die Haushaltungen müssen sich unverzüglich nach Empfang der Kartoffelkarten bei den Kartoffelhändlern anmelden. — Das Nähere ergibt die Bekanntmachung.

Abgabe von Lebensmitteln. In der heutigen Nummer unserer Zeitung werden wiederum die Lebensmittel bekanntgemacht, die am Sonnabend und im Laufe der nächsten Woche zur Ausgabe gelangen. In nächster Woche werden voraussichtlich auch Streichhölzer zur Verteilung kommen. Die nähere Bekanntmachung darüber wird noch folgen.

Petroleum. Wir verweisen auf die Bekanntmachung im heutigen Anzeigenteil betreffend den Aufruf von Petroleum. Wenn jetzt reichlicher Petroleum aufgerufen wird, als bisher, so will der Magistrat die Bevölkerung in die Lage setzen sich jetzt mit Petroleum einzudecken, denn es läßt sich bei den gegenwärtigen, unsicheren Wirtschaftsverhältnissen nicht übersehen, wie sich die Petroleumversorgung der städtischen Bevölkerung in Zukunft gestalten wird.

Polizeibericht vom 30. Januar 1920. **Verhaftet:** 3 Personen, darunter 2 wegen Diebstahls und 1 in Polizeihaft. — **Gefunden:** Invalidenkarte und Arbeitsbuch für Felix Uhlenberg, 1 Portemonnaie mit etwas Geld und Ausweis für Meta Tischhäuser, 1 buntkarriertes wollenes Umhängetuch, 1 Kindergummischuh, 1 Türschlüssel, 1 Nickelpincenez mit grünlichen Gläsern im Etui, 1 silberne Damenuhr mit langer Kette, abzuholen aus dem Fundbureau des Polizeipräsidiums; 1 schwarze Ledertasche, enthaltend 1 Portemonnaie mit größerem Geldbetrag, Schere, Bleistift, Spiegel pp., abzuholen aus dem Geschäft von Freymann, Hauptkasse im 4 Stock; 1 Bibermuff, abzuholen aus dem Geschäft von Matriciani, Gr. Krämergasse 10; 1 goldenes Pincenez an einer schwarzen Schnur, abzuholen von Herrn Karl Salomon, Michaelsweg 51 a. — **Zugelaufen:** 1 Hund mit Marke 176/19, abzuholen von Frl. Gertrud Fischer, Ferberweg 7 b.

Wasserstandsnachrichten am 30. Januar 1920.

	gestern	heute		gestern	heute
Thorn	+3,70	+2,96	Pieckel	+5,52	+4,86
Fordon	+3,86	+3,12	Dirschau	+5,30	+4,78
Culm	+4,12	+3,44	Einlage	+3,36	+3,28
Graudenz	+4,36	+3,80	Schiewenhorst	+3,00	+2,98
Kurzebrack	+4,99	+4,39	Wolfsdorf	—0,16	—0,25
Montauerspitze	+5,25	+4,60	Anwachs	+0,83	+ —

Weichsel: Von Schillno bis zur Mündung Eistreiben in ganzer Strombreite.

Nogat: Eisdecke.

Standesamt.

Todesfälle: S. d. Eisenbahn-Arbeiters Friedrich Pieger, 2½ Std. — Uhrmachermeister Willy Junker, 57 J. 4 M. — Kontoristin Selma Frankenstein, 18 J. 6 M. — T. d. Sergeanten Georg Behrendt, totgeb. — Kupferschmied Adolf Thiel, 35 J. 9 M. — Maurer Joseph Urowski, 53 J. 4 M. — Witwe Rosalie Hiller geb. Hiller, 76 J. — S. d. Schuhmachers Gustav Haase, 5 M. — Rentenempfängerin Marie Pusch, fast 68 J. — Rentier Franz Suckau, 67 J. 5 M. — Witwe Marie Schulz geb. Vorschke, 73 J. 6 M. — S. d. Arbeiters Willy Wicht, 9 W. — Rentenempfänger Emil Grenz, 68 J. 4 M. — Unehelich: 1 Tochter.

Aus dem Freistadtbezirk.

Ohra. In der gestrigen Sitzung der Gemeindevertretung, unter dem Vorsitz des Bürgermeisters **Lind**, wurden zunächst 5 Gemeindeschöffen gewählt und zwar die Gemeindeverordneten **Rewold** vom Bürgerverein, **Turski** vom Zentrum, **Brill**, **Böschkowski** und **Temp** von der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft. Darauf wurde beschlossen, in Ohra eine Tuberkuloseuntersuchungsanstalt einzurichten. — Zur Beschaffung von Wohnbaracken hat der Kreis aus dem Wohlfahrtsfonds einen Betrag von 30 000 Mark der Gemeinde zur Verfügung gestellt. Sollte die Gemeinde innerhalb 10 Jahren aus dem Kreise ausscheiden, so soll der Betrag rückzahlbar sein. Es wurde beschlossen, den Betrag anzunehmen. — Dem Verein für Armen- und Krankenpflege wurden 1000 Mark Beihilfe gewährt. Es wurde daraufhingewiesen, daß die Schwestern des Vereins in der Wohlagitation Parteipolitik getrieben hätten. Dies müsse in Zukunft unterbleiben. Ferner müsse einem Mitgliede der Gemeindevertretung Einblick in die Kassenverhältnisse gestattet werden. Als dieses Mitglied wurde die Gemeindeverordnete Frau **Gaebel** gewählt. — Um den Kriegsbeschädigten und deren Hinterbliebenen Brennholz zu gewähren, wurde beschlossen, ein Darlehn von 20 000 Mk. aufzunehmen. Es wurde gleichzeitig ein Ausschuß gewählt, der die Liste der in Betracht kommenden Personen durchsehen soll. — Die Beisitzer für das Mietseinigungsamt in Ohra wurden neu gewählt. Ebenso wurden neu gewählt 5 Mietervertreter und 5 Hausbesitzervertreter in den Ausschuß zur Bestimmung der Höchstpreise für Wohnungen. — Die Gemeinde Ohra zahlt wöchentlich 25 000 Mark Erwerbslosenunterstützung. Hiervon hat das Reich 10/12 übernommen. Von dem Rest übernahm der Kreis einen Teil. Der Reichszuschuß ist jetzt fortgefallen. Die Gemeinde könnte die Unterstützungen nicht bezahlen. Die Kreissparkasse ist bereit, einen laufenden Kredit zu gewähren. Es wurde beschlossen, ein schwebendes Darlehn in Höhe von 300 000 Mark aufzunehmen mit der Bedingung, daß die Gemeinde eine Rückzahlungspflicht nicht anerkenne. Die Rückzahlungspflicht und die Zinszahlungspflicht solle der Kreis übernehmen, wenn dies nicht die Freistaatregierung tut. Von der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft wurde betont, daß man die Erwerbslosenunterstützung so schnell wie möglich dadurch abzuschaffen wünsche, daß man für alle Arbeitslosen lohnende Arbeit zum vollen tarifmäßigen Lohne beschaffe. Durch Straßenbau, Wohnungsbau usw. könne diese Arbeit beschafft werden. Wenn keine Ziegel vorhanden sind, könne man mit Lehm und Holz bauen. — Der Kreis hat mitgeteilt, daß er die Arbeiterräte nur bis zum 31. Januar bezahlen werde. Man bedauerte, daß die Arbeiterräte abgeschafft werden sollen, weil die Schleichhändler darauf bereits warten. Polizei und Gendarmen sollen angewiesen werden auf den Schleichhandel ein umso wachsameres Auge zu haben. — Den Lehrern wurde eine Beschaffungsbeihilfe von 1000 Mark, den Lehrerinnen eine solche von 500 Mark bewilligt und zwar einstimmig.

Oliva. Gemeindevertreter-Versammlung. Nach der Einführung zweier Gemeindeverordneten wurde die Wahl der Armenkommission vorgenommen. Die Zahl der Bezirke ist auf 12 vermehrt worden. Es wurden zu Armenvorstehern gewählt für Bezirk 1 Herr **Ficht**, 2. Bezirk Herr **Senkpiel**, 3. Bezirk Fräulein v. **Zelewski**, 4. Bezirk Herr **Raddatz**, 5. Bezirk Herr Bernh. **Hinzki**, 6. Bezirk Gen. **Rotta**, 7. Bezirk Gen. Max **Ostrowski**, 8. Bezirk Frau **Gensch**, 9. Bezirk Herr **Liehe**, 10. Bezirk Gen. **Ewert**, 11. Bezirk Herr **Hilger**, 12. Bezirk Herr **Kaminski**. Die Schöffenwahl ergab folgendes Resultat: Vom Zentrum Rentier Max **Erdmann**, Baugewerksmeister Edmund **Klawikowski**; von den Deutschnationalen Rentier Adolf **Glau** und Dr. Herbert **Krenzburg**; von den Demokraten Rentier Max **Stumm** und von den Sozialdemokraten Bureauangestellter **Kuhn**.

Angenommen wurde eine Aenderung der Erhebung eines Zuschlages zur Reichsgrunderwerbssteuer, wonach man den Zuschlag auf 4½ Prozent erhöhte, rückwirkend bis zum 1. Oktober 1919. Gemeindevertreter Justizrat **Sellentin** brach mutig für die Grundstückspekulanten eine Lanze, deren Verdienst durch diesen Vorschlag vermindert würde. Seiner Meinung nach ist der diesbezügliche ministerielle Erlaß juristisch anfechtbar und bedeutet einen unbefugten Eingriff des Ministers in die Privatsache des Grundbesitzers. Diese reichlich naive Auffassung konnte sich jedoch die Versammlung nicht zu eigen machen und nahm die Vorlage einstimmig an. Dem Antrag des Gemeindevorstandes, das 4 Morgen große Gemeindegelände östlich der Eisenbahn den Bewerbern Jaschewski und Genossen für den Pachtzins von 20 Mark für den Morgen zu überlassen wurde zugestimmt.

Oliva. Arbeiterjugend. Sonnabend, 6 Uhr abends: Turnstunde in der Turnhalle. Zu derselben Zeit gibt Genosse **Ewert** im Versammlungszimmer der Turnhalle die erste Schach-Lehrstunde.

Verantwortlich für den politischen Teil Ernst **Loops**, für den unpolitischen Tagesteil und die Unterhaltungsbeilage Kurt **Lehmann**, für die Inserate Bruno **Ewert**, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag J. **Gehl** & Co., Danzig.

Amtliche Bekanntmachungen.

Abgabe von Lebensmitteln.

Am Sonnabend, den 31. Januar und im Laufe der nächsten Woche kommen folgende Lebensmittel zur Ausgabe:

1. Am Sonnabend, den 31. Januar:

Auf Reichsfleischkarte Abschnitt B: 125 Gramm frisches Rind- oder Hammelfleisch und Wurst (Kinderkarten die Hälfte).

Die Vororte Langfuhr, Brösen, Lauental, Neufahrwasser und Weichselmünde erhalten dagegen 125 Gramm frisches Schweinefleisch (Kinderkarten die Hälfte).

2. Von Montag, den 2. Februar:

Auf die Kartoffelkarte: Marke 1 der neuen Karte 3 Pfund Kartoffeln.

Auf die nichtgelieferten Kartoffelmarken der laufenden Woche werden 250 Gramm geschälte amerikanische Erbsen zum Preise von 2,40 Mark für das Pfund in den Kolonialwarenhandlungen, bei denen die Kundenanmeldung erfolgt ist ausgegeben.

3. Von Dienstag, den 3. Februar:

a) 250 Gramm Nudeln: Marke 22 der Danziger Lebensmittelkarte für Erwachsene und Marke 4 der Lebensmittelkarten für Erwachsene in den Nachbargemeinden.

b) 250 Gramm Grieß oder Kindergrießmehl je nach Vorrat: Kinderkarte Marke 11 K in Danzig und Marke 15 in den Nachbargemeinden.

c) 1 H-Packung Süßstoff: Marken 23 und 12 K in Danzig und Marken 5 und 16 K in den Nachbargemeinden.

4. Von Mittwoch, den 4. Februar:

Auf die Speisefettkarten: 125 Gramm Inlandsmargarine zum Preise von 5,80 Mark für das Pfund auf die Marke 6.

Verfallene Marken der Speisefettkarte dürfen nicht beliefert werden.

Die Butterhändler erhalten die Bezugsscheine für Inlandsmargarine am Dienstag, den 3. Februar, in der Zeit von 8½ bis 12½ Uhr in der Molkereiabteilung.

5. Von Donnerstag, den 5. Februar:

Auf die Lebensmittelkarte: 500 Gramm Marmelade zum Preise von 1,50 Mark für Ausstichware, und 1,60 Mark für Dosenware: Marken 24 und 18 K in Danzig und Marken 6 und 17 K in den Nachbargemeinden.

Die Marmelade wird von der Zuckerraffinerie Neufahrwasser den Händlern innerhalb des Stadtbezirkes frei Haus angeliefert, falls es nicht schon geschehen ist. Die Händler aus Heubude und St. Albrecht und ländlichen Nachbargemeinden müssen sich jedoch die Marmelade am 3. und 4. Februar von S. Anker, Hopfengasse, abholen und ihre Marken ebendaselbst einreichen, während die Marken der anderen Händler nach wie vor bei ihren Grossisten abzuliefern sind.

Die für die Mühlenfabrikate eingenommenen Marken haben die Kolonialwarenhändler ihren Großhändlern einzureichen, die sie der Verteilungsstelle weiterzugeben haben. Die übrigen vereinnahmten Marken sind den zuständigen Verteilungsstellen unverzüglich einzureichen.

Danzig, den 29. Januar 1920. (299

Der Magistrat.

Ausgabe der Brot-, Mehl- und Kartoffelkarten.

1. Die Brot- und Mehlkarten werden diesmal gegen Abgabe der Hauptmarke Nr. 158 ausgegeben.

Gleichzeitig werden gegen Abgabe des Stammes der Kartoffelkarte Nr. 35 auch die neuen Kartoffelkarten verausgabt werden.

Auf die Stämme der Kartoffelkarten, die den Aufdruck „ungültig“ oder „S“ tragen, oder auf etwa noch in den Händen der Verbraucher befindliche Ersatzkartoffelkarten, dürfen Kartoffelkarten nicht ausgehändigt werden.

2. Die Kartoffelhändler haben die Anmeldeabschnitte der Kartoffelkarten bei der Kundenanmeldung abzutrennen, mit ihrem Firmenstempel zu versehen, und abgezählt und gebündelt der städt. Kartoffelstelle, Lastadie 38 b, einzureichen.

3. Die vereinnahmten Hauptmarken Nr. 158 sowie die Stämme der Kartoffelkarten Nr. 35 haben die Bäcker, Brot- und Mehlhändler in der Zeit von Donnerstag, den 5. bis Sonnabend, den 7. Februar der Nahrungskartenstelle [illegible] Vorderegebäude, 1 Treppe [illegible]

(298

Wegen der noch immer äußerst schwachen Zufuhr an Brennstoffen jeglicher Art sind wir nicht in der Lage, den Haushaltungen größere Mengen an Brennstoffen zuzuweisen. Es wird deshalb noch eine weitere Marke und zwar Nr. 2 der Brennstoffkarte A, B und C, soweit es die Vorräte der Händler gestatten, zur Belieferung durch den Kohlenhandel aufgerufen.

Danzig, den 29. Januar 1920. (296

Der Magistrat.

Petroleumausgabe.

Zum Handel mit Petroleum werden erneut zugelassen:

Albert Meier, Hühnerberg Nr. 14.
Julius Bellack, Hohe Seigen Nr. 27.
Anna Radtke, Danzig-Schidlitz, Oberstraße Nr. 85.
J. Lupow, Danzig-Neufahrwasser, Sasper Straße Nr. 26.
Franz Hoppe, Danzig-Langfuhr, Brösener Weg Nr. 1.
Wentzel, Danzig-Langfuhr, Lauentaler Weg Nr. 29.
Richard Hoch, Danzig-Langfuhr, [illegible]

Ummeldungen der Petroleumkunden von den früheren zu einem anderen Petroleumhändler sind nur durch Vermittelung des Brennstoffamtes zulässig.

Neuaufruf von Petroleummarken.

Im Anschluß an unsere Bekanntmachung vom 12. d. Mts. werden folgende Petroleummarken zur Belieferung aufgerufen:

Marke 6 der Petroleumkarte A zur Belieferung von 3 Litern.
„ 6 „ „ B „ „ „ 1 „
„ 6 „ „ C „ „ „ 1 „

Die bereits aufgerufenen und noch nicht belieferten Marken sind in erster Linie, die Petroleumaufrufmarken sind stets von jedem Händler zu beliefern. Händler, deren Petroleumbestand aufgebraucht ist, erhalten in den nächsten Tagen neue Zufuhren. Die Stämme der nun abgelaufenen C-Karten werden beim nächsten Petroleumaufruf umgetauscht.

Danzig, den 26. Januar 1920. (297

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Infolge Kohlenmangels wird der Betrieb der Dampffähre Schiewenhorst vom 31. Januar dieses Jahres ab bis auf weiteres eingestellt.

Dirschau, den 29. Januar 1920.

Wasserbauamt.

Oliva.

Verteilung von Graupen.

Auf Marke 11 der Lebensmittelkarte kommen Graupen zur Verteilung.

Der Verkauf der Graupen an die Verbraucher findet von Donnerstag den 5. Februar ab gegen Abgabe der Quittungen über den Bezugsabschnitt 11 statt. **Jeder erhält ein halbes Pfund Graupen.** Der Kleinverkaufspreis beträgt 71 Pfg. für das Pfund.

Oliva, den 29. Januar 1920.

Der Gemeindevorsteher. J. V. Scheffler. — **Der Arbeiterrat.** Ostrowski

Abgabe von Brennstoffen.

In der Bekanntmachung vom 28. Januar 1920 muß es nicht heißen Marke 6 sondern **Marke 7.** Es kommen also zur Belieferung die Nummern 1—650 Marke 7 der Brennstoffkarte A (blau). Die Abholungsfrist wird bis Mittwoch den 4. Februar verlängert.

Oliva, den 29. Januar 1920.

Der Gemeinderat Ortskohlenstelle. — **Der Arbeiterrat.** Ostrowski.

Verteilung von Margarine auf die Einfuhrzusatzkarten.

Auf Marke 9 der Einfuhrzusatzkarten vom 15. Januar 1920 kommt von Sonnabend, den 31. d. Mts. ab in den nachstehend aufgeführten Geschäften Margarine zum Verkauf:

Barozinski, Bohlen, Dahlmann, Dieck, Freitag, Fierke, Frankenstein, Graff, Beamten-Konsum-Geschäft, Lehmann, Moews, Nikoteit, Kankowski, Oloff, Rappel, Tilsner, Thiel, Tietz, Trondt, Volkmann.

Jeder erhält 125 Gramm Margarine. Der Kleinverkaufspreis beträgt 5,25 Mk. für das Pfund. Wer die ihm zustehende Margarine bis Dienstag, den 3. Februar 1920 abends 6 Uhr nicht abgeholt hat, verliert das Anrecht darauf.

Wegen Zuweisung der Margarine zum Verkauf wollen sich die vorbezeichneten Geschäftsinhaber mit Herrn Kaufmann Tietz in Verbindung setzen. Die in Empfang genommenen Marken sind am 4. Februar 1920 genau gezählt und zu hundert gepackt auf dem hiesigen Lebensmittelamt einzureichen.

Oliva, den 29. Januar 1920.

Der Gemeindevorsteher. J. V.: Scheffler. — **Der Arbeiterrat.** Ostrowski.

Fleischverkauf.

Der Fleischverkauf für die Woche vom 25.—31. Januar 1920 findet von Freitag, den 30. d. Mts. ab in den bekannten Fleischereien statt.

Es kommt wieder etwas Schweinefleisch mit zur Verteilung und zwar erhalten die Inhaber der blauen Ausweiskarten Nr. 117—278 für sich und ihre Haushaltungsangehörigen unter Anrechnung auf die ihnen zustehende Fleischration Schweinefleisch. Die Inhaber der Ausweiskarten
Nr. 117—140 erhalten das Schweinefleisch bei Fleischermeister Heinrich Frommann,
Nr. 141—174 bei Fleischermeister Walter Frommann,
Nr. 175—226 „ „ Kohn,
Nr. 227—242 „ „ Rudolf Haber,
Nr. 243—251 „ „ Doerks,
Nr. 252—266a „ „ Geschke,
Nr. 267—278 „ „ Felix Haber.

Die Verabfolgung des Schweinefleisches ist vom Fleischer durch Vermerk auf der Rückseite der Ausweiskarte zu kennzeichnen.

Oliva, den 28. Januar 1920.

Der Gemeindevorsteher. J. V.: Scheffler. — **Der Arbeiterrat.** Ostrowski.

Versteigerung

im

Städtischen Leihamt, Wallplatz Nr. 14

von

verfallenen Pfändern

deren erste oder erneute Beleihung in der Zeit vom
1. Oktober 1917 bis 30. September 1918
— Abschnitt Nr. 55639 bis 67293 —
erfolgt ist.

Es gelangen zum Verkauf:

a) Gold- und Silbersachen, Juwelen, Uhren usw. am **Dienstag, den 10. Februar 1920, von 9 Uhr vormittags**

b) Kleider, Wäschestücke, Tuch-, Zeug- u. Leinwandreste, sowie Pelzsachen am **Mittwoch, den 11. Februar 1920, von 9 Uhr vormittags ab.**

Wir fordern hiermit die Pfandgeber auf, bis zum 7. Februar d. Js., ihre Sachen auszulösen oder weiter zu verzinsen.

Etwaiger Ueberschuß geht in das Eigentum der Ortsarmenkasse in Danzig über.

Die zu zahlende Umsatz- und Luxussteuer trägt der Käufer des Pfandes.

Danzig, den 2. Januar 1920.

Der Magistrat. — Leihamtsausschuß.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Freitag, den 30. Januar 1920, abends 6 Uhr Dauerkarten A 2.
Hänsel und Gretel
Märchenoper in 3 Bildern von Adelheid Wette. Musik von Engelbert Humperdinck

Sonnabend, den 31. Januar 1920, abends 6 Uhr Dauerkarten B 2.
Die Raschhoffs
Drama in 5 Akten von Hermann Sudermann.

Sonntag, den 1. Februar 1920, nachmittags 2 Uhr Ermäßigte Preise. Zum 32. Male.
Frau Holle
Weihnachtsmärchen mit Tanzeinlagen.
Abends 6 Uhr. Dauerkarten haben keine Gültigkeit. Zum 9. Male.
Die Frau im Hermelin
Operette in 3 Akten von Jean Gilbert.

Montag, den 2. Februar 1920, abends 6 Uhr Dauerkarten C 2.
Hänsel und Gretel
Märchenoper von Humperdinck. Hierauf: Ballett.

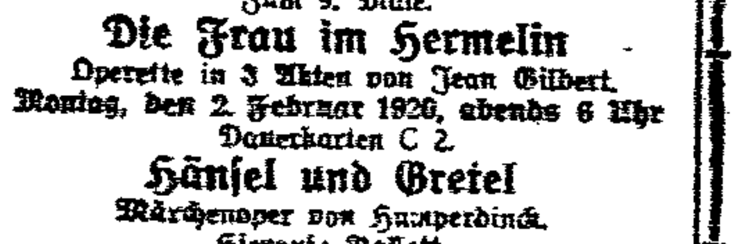
Wilheim-Theater

Besitzer Kommissionsrat Hugo Meyer. Bühnenleitung Willy Kossmann.

Freitag, den 30. Januar, abends 6½ Uhr: Zum ersten Male
Die schwebende Jungfrau
Schwank in 3 Akten von Arnold u. E. Bach.

Sonnabend, den 31. Januar, abends 6½ Uhr:
Die schwebende Jungfrau
Schwank in 3 Akten von Arnold u. E. Bach.

Vorverkauf täglich von 10—3 Uhr bei Bruno Kodlin, Langenmarkt 23.
Vorverkauf benutzen!



Moderne Bilder-Bühne!

Das Nachttelegramm

Kriminal-Drama in 5 Akten von packender Wirkung mit Ada Svedin. (292

Eine unbedeutende Frau

Film-Roman in 5 Akten mit Edith Meller

Anerkannt gediegene Musikbegleitung!

Odeon — Eden

Dominikswall — Licht-Spiele — Holzmarkt

Ab Freitag 3 Uhr:

Zwei große Erstaufführungen

Der rote Henker

Ein Zeitbild a. d. Schreckenstagen Ludwig XIII.

Hauptrollen:
Ellen Richter — Ernst Hofmann
Hugo Flink — Magnus Stifter

und

Totentanz

Tragödie in 5 Akten mit
Werner Kraus — Sascha Gurra

Sie müssen
wenn Sie sich einen Kunstgenuß nicht entgehen lassen wollen
dieses Programm sehen

Gedania-Theater

Schüsseldamm 53/55.

Neuaufführung! Nur 4 Tage!

Kleopatra oder **Die Herrin des Nils.**
Gewaltiges Film-Werk in 5 Akten.

Der Giftbecher.
Ein Sensationsabenteuer aus dem mexikanischen Cowboyleben in 4 Akten. (290

Die kinderlose Witwe.
Lustspiel in 3 Akten mit Anna Müller-Linke.

Beginn der letzten Vorstellung 7½ Uhr.

Deutscher Eisenbahner-Verband, Ortsgruppe Danzig.

Sonntag, den 1. Februar 1920, vorm. 8½ Uhr im kl. Saale der Maurerherberge, Schüsseldamm 28

allgemeine Vertrauensmännersitzung

Sehr dringende Angelegenheiten sind zu erledigen. Jeder muß erscheinen. Die Teilnahme an der Sitzung wird gestempelt.

Im Anschluß daran im gr. Saale vorm. 10 Uhr

gr. außerordtl. Mitgliederversammlung

Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht jedes Mitgliedes zu erscheinen.

Scharfe Kontrolle des Versammlungsbesuchs. Es wird abgestempelt.

288) Der Vorstand. J. A.: Wahlaff.

Neuerscheinung

NEUE SAAT

Gedichte von Kurt Klaeber.
Preis Mk. 1.—

Ein Arbeiter, der mit uns denkt und fühlt, ein Arbeiterdichter tritt mit diesem Werkchen vor die breite Oeffentlichkeit. Kein Versemacher, sondern ein Dichter, der die innere Berufung in sich fühlt. Des Büchlein ist durchweht von glühender Liebe zur Freiheit. Es ist so recht geeignet uns zu lindern und zu stärken im Kampfe der Arbeit mit dem Kapital, es ruft zur Einigkeit aller Schaffenden.

Buchhandlung „Volksstimme"
Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Moderne Kunst-Lichtspiele

★ Langfuhr ★ Am Markt

Der grosse Kunstgenuß
Henny Porten
in ihrem grossen Glanzfilm
Die lebende Tote.

Alraune, die Henkerstochter
Phantastischer Roman aus dem Mittelalter in 6 Akten

Ab Dienstag die grosse Filmoperette **Hannemann, ach Hannemann**

Niemand sollte diesen seltenen Kunstgenuss versäumen. (295

Empfehle preiswert
Nigrin für schwarze Schuhe, **Färbol** für farbige Schuhe.
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
Carl Fuhrmann, I. Damm 21. (289

Kosmos-Abreiß-Kalender 1·9·2·0
Preis 4.40 Mark
Buchhandlung »Volksstimme«
Am Spendhaus 6 - Filiale: Paradiesgasse 3

Möbel
Sofas, Ruhebetten, Matratzen
Bilder in grösster Auswahl
liefert
Dagobert David Nachf.
Altst. Graben 11. 233

Zeitungsträgerinnen
ab 1. Februar für Langfuhr gesucht.
Zu melden in der Filialexpedition bei Herrn
Steinbeiss
Langfuhr, Mirchauerweg 121.

!Rauchtabak!
Feinschnitt, Ubersee, frisch eingetroffene Zigaretten zum Wiederverkauf billig
Glühpunsch,
alkoholfrei. (177
Walter Belau,
Vorstädtischer Graben.

Gegen Trunksucht
ein gutes, wirksames Mittel, welches durch viele Dankschr. empfohlen ohne Wissen des Trinkers gegeb. werden kann, da geruch- und geschmacklos. Frei von schädl. Bestandteilen. Verlangen Sie Prosp. Preis per Dosis 8.— Mk., Doppeldosis 14.— Mk. durch das Generaldepot Apotheker Frank, Kgl. approbiert, Berlin W 415. (8066

Unreines Blut.
Zur Blutreinigung u. Ausscheidung aller Schärfe aus den Säften gibt es nichts Besseres als **Rothsfeldsches Pulver.** Schachtel Mk. 4.—. Fabrikant und Vertrieb Apotheker Draesel, Erfurt. Zu haben in Danzig in der Engel-Apotheke u. der Bahnhofs-Apotheke. (6026

Sämtliche
Gummiwaren
und Frauenartikel liefert
Gummi-Industrie Carl Stuke,
Bad Oeynhausen,
Kataloge gegen 30 Pfg Porto franko. (20

LB
Junkergasse 7
Ecke Breitgasse.

Nur von Freitag, d. 30. Jan. bis Montag, d. 2. Februar
„Dämon der Welt"
II. Teil.
Die grosse Sensations-Filmtrilogie.
Wirbel des Verderbens
Motto: „Schrecklich immer, auch in gerechter Sache, ist Gewalt!" Edgar Morton (Will Charles Kayser). Frei! — Revolution. — Offnet seine Gefängnisse. — Die Welt steht in Brand. — Edgar Morton herrscht! — Dämon der Welt. — Wo Macht ist, da ist Recht!
7 Riesenakte — Große gewaltige Massenszenerien. Sensationen! Uebertrifft alles bisher Gesehene! Ort der Handlung: Südamerika
Vespi, wo bist Du?
Ein reizendes Lustspiel mit dem beliebten Kurt Vespermann.
Kino gut geheizt!

Bonauxiloräparate
als (214
Krätzesalbe Mk. 6.—
Krätzeseife Mk. 6.—
Blutreinigungstee Mk. 3.—
Blutreinigungspillen Mk. 5.—
wirken sicher und schnell bei allen juckenden Hautausschlägen. Echt zu haben
Adler-Apotheke Ohra. Telephon 1794

Volksfürsorge,
Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft
Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder
Kein Policenverfall.
— Sterbekasse. —
Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der
Rechnungsstelle 16 Danzig
Bruno Schmidt, Mattenbuden 35.

1 Paar Gamaschen
Nr. 41, zu verkaufen (†
Babke, Altes Roß 3 III.

U.T Lichtspiele

am Hauptbahnhof.

Von Freitag, den 30. 1. bis Donnerstag, d. 5. 2. 1920
Henny Porten
in ihrem neuesten 4Ak er-Lustspielschlager
„Die Fahrt ins Blaue"
ferner
„Der Präsident"
Tragödie eines Richters. Drama in 5 Akten.

Beginn d. Vorführungen: Wochentags 3, 5 und 7¹⁵ Uhr.
Sonntags 2⁰⁰, 4¹⁰, 5⁴⁰ und 7³⁰ Uhr.
Um sofort Plätze zu erhalten, empfehlen wir den Besuch der ersten Vorstellung.

Korsetts
aus guten Stoffen besonders billig.
Toska Gunkel
Kohlenmarkt 9
gegenüber d. Stadttheater.
Filialen in vielen Großstädten.

Gehrock-Anzüge
Frack-Anzüge
Smoking-Anzüge
Cutaway-Anzüge
in größter Auswahl
J. Rosenbaum
Breitgasse 128 29
Telefon 2121. 8184

Taschenlampen
u. Batterien mit täglich frischer Füllung
Oskar Prillwitz,
Böttchergasse 18, (815
Eingang Paradiesgasse.

Kaufe jeden Posten Zinn, Kupfer, Messing, Zink und Blei.
Plotzki, Schüsseldamm 11.
Tel. 3889 (63

Saubere Schlafstelle
für jungen Mann wird frei bei Hasemann, 4. Damm 10 II. (†

Verlangen Sie die „Volksstimme" in den Gaststätten!